



8

10. August 1997 · 17. Jahrgang,
S. 184 – 209 · ISSN 1430-550X

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT

GI Aktuell

Seite 184

Anwaltshaftung

Inhalt des Anwaltsvertrages · Auslegung · Mitverschulden
(BGH, Ur. v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96)

Seite 185

Dritthaftung des Steuerberaters

Kreditgebende Bank · Haftungsumfang des Steuerberaters
Fehlerhafte Mandantenangaben zu Warenvorräten
(OLG München, Ur. v. 13.4.1995 – 24 U 86/93,
rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision;
BGH, Beschl. v. 30.4.1996 – VIII ZR 369/95)

Seite 191

Untreue des Rechtsanwalts

Vermögensinteressen · Betreuungspflichten · „Faktische Herrschaft“
(BGH, Beschl. v. 7.11.1996 – 4 StR 423/96)

Seite 203

Fristenkontrolle

Wiedereinsetzungsantrag · 2-Wochen-Frist, Beginn
(BGH, Beschl. v. 10.12.1996 – VI ZB 16/96)

Seite 205



Jetzt auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag.
Das elektronische GI-Rechtsprechungsarchiv 1980 – 1997

GI Aktuell

Vermögensteuer darf für Vergangenheit weiter erhoben werden / Entscheidung des Bundesfinanzhofs im Verfahren über einstweiligen Rechtsschutz

Der II. Senat des Bundesfinanzhofs hat keine ernstlichen Zweifel daran, daß das Vermögensteuergesetz auf alle bis zum 31.12.1996 verwirklichten Tatbestände weiterhin anwendbar ist. Damit tritt der Senat der verschiedentlich im Fachschrifttum geäußerten Meinung entgegen, daß der Vermögensteuerbeschuß des Bundesverfassungsgerichts vom 22.6.1995 (2 BvL 37/91) der Erhebung von Vermögensteuer nach dem 31.12.1996 auch für davorliegende Zeiträume entgegenstehe. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Vermögensteuergesetz zwar für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, jedoch gleichzeitig angeordnet, daß das bisherige Vermögensteuerrecht bis zum 31.12.1996 „weiterhin anwendbar“ ist. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist nach Auffassung des Bundesfinanzhofs dahin zu verstehen, daß das Vermögensteuergesetz auf alle bis zu diesem Zeitpunkt verwirklichte Tatbestände anwendbar bleibt. Die Finanzämter dürfen somit für die Zeiträume vor 1997 Vermögensteuer weiterhin festsetzen und erheben.

Der Beschluß des II. Senats des Bundesfinanzhofs, mit dem dieser eine Beschwerde gegen eine Aussetzung der Vollziehung ablehnende Entscheidung des Saarländischen Finanzgerichts zurückgewiesen hat, wird in Kürze veröffentlicht werden (Az. II B 33/97).
(Pressemitteilung d. BFH v. 25.6.1997, Nr. 9)

Grundsatzurteile zur Vorfälligkeitsentschädigung

Der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, daß ein Darlehensnehmer gegen Zahlung einer angemessenen Vorfälligkeitsentschädigung die vorzeitige Rücknahme eines grundpfandrechtlich gesicherten Festkredits verlangen kann, wenn er das haftende Grundstück veräußern will oder wenn er es als Sicherheit für eine weitere Kreditaufnahme benötigt.

In diesen Fällen überwiegt nach Auffassung des Bundesgerichtshofs das Interesse des Kreditnehmers an der freien Verfügung über das Grundstück gegenüber dem Interesse der wirt-

schaftlich voll zu entschädigenden Bank an ungestörter Vertragsabwicklung.

Der Kreditgeber kann jedoch als Vorfälligkeitsentschädigung nicht jeden beliebigen „Preis“ bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB) verlangen. Er kann vielmehr nur den Ausgleich der Nachteile beanspruchen, die ihm durch die vorzeitige Ablösung entstehen. Einzelheiten hierzu werden in den schriftlichen Urteilsgründen niedergelegt werden (Urt. v. 1.7.1997 – XI ZR 197/96 und XI ZR 267/96).
(Pressemitteilung des BGH v. 1.7.1997, Nr. 46)

Strafbarer Wucher auch im Rahmen von Arbeitsverhältnissen möglich

Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat die Verurteilung eines Bauunternehmers wegen Wuchers in zwei Fällen durch das Landgericht Passau bestätigt.

Der Angeklagte hatte in seinem Bauunternehmen 1993 neben deutschen Arbeitnehmern auch zwei tschechische Grenzgänger als Maurer beschäftigt und ihnen jeweils einen Stundenlohn von 12,70 DM brutto bezahlt, während der für Maurer geltende Tariflohn 1993 19,05 DM brutto betragen hatte und die übrigen Arbeitnehmer des Angeklagten für gleiche Arbeit Stundenlöhne von 21 DM brutto erhalten hatten. Der Angeklagte hatte dabei für sich ausgenutzt, daß die beiden Ausländer mit den Gegebenheiten im deutschen Baugewerbe nicht vertraut und der deutschen Sprache kaum mächtig waren.

Der Bundesgerichtshof hat dargelegt, daß Wucher auch begangen werden kann, wenn im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ein zu geringer Lohn bezahlt wird. Der gezahlte Bruttoarbeitslohn betrug hier zwei Drittel des Tariflohns. Der Bundesgerichtshof hat nicht beanstandet, daß das Landgericht bei diesem Sachverhalt ein auffälliges Mißverhältnis zwischen der dem Angeklagten zugeflossenen Arbeitsleistung der beiden Maurer und der von ihm durch die Lohnzahlung erbrachten Gegenleistung gesehen hat. Wie der Bundesgerichtshof weiter ausgeführt hat, ist der beim Wuchertatbestand gebotene Vergleich der ausgetauschten Leistungen allein von der Seite des Täters her vorzunehmen. Dementsprechend komme es nicht darauf an, ob der den beiden Maurern ausbezahlte Lohn an ihrem Wohnort in der Tschechei von ebensolcher oder sogar größerer Kaufkraft gewesen sei als der Tariflohn für einen in Deutschland wohnhaften Arbeitnehmer (Urt. v. 22.4.1997 – 1 StR 701/96).
(Pressemitteilung d. BGH v. 1.7.1997, Nr. 45)

Anwaltshaftung

- Inhalt des Anwaltsvertrages
- Auslegung
- Mitverschulden

(BGH, Urt. v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96)

Leitsätze:

1. Gibt der Mandant bei Abschluß eines Anwaltsvertrages eine Erklärung ab, die entweder einen beschränkten Auftrag oder ein unbeschränktes Mandat mit einer Weisung zum Inhalt haben kann, so ist der Inhalt eines daraufhin geschlossenen Vertrages im Wege der Auslegung zu ermitteln.

2. Unterrichtet ein Rechtsanwalt im Einvernehmen mit dem Mandanten dessen Prozeßanwalt über den Sachverhalt, so hat der Mandant gegenüber dem Prozeßanwalt eine vorwerfbare und schadenursächliche Falschangabe als Mitverschulden zu vertreten.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht einen – von seinem Bruder abgetretenen – Anspruch gegen den beklagten Rechtsanwalt auf Ersatz der Kosten eines Vorprozesses geltend.

Im Jahre 1986 wurde dem Bruder des Klägers die Kassenzulassung als Zahnarzt entzogen. Dies erklärte das Sozialgericht im November 1987 für rechtswidrig. Im August 1988 meldete der Bruder des Klägers Schadenersatzansprüche gegenüber der Kassen-Zahnärztlichen Vereinigung Nordrhein (fortan: KZV) an. Diese lehnte eine Ersatzpflicht ab. Auf ein anwaltliches Schreiben des Klägers vom Januar 1991 antwortete die KZV am 19.2.1991, sie treffe keine Amtshaftung.

Am 4.2.1992 führte Rechtsanwalt Dr. W. – Streithelfer des Klägers – für dessen Bruder ein Gespräch mit der KZV. Mit Schreiben vom 6.3.1992 teilte diese dem Streithelfer mit, sie habe zu keinem Zeitpunkt Verhandlungsbereitschaft bezüglich einer Ersatzpflicht gezeigt.

Im Dezember 1992 beauftragte der Kläger den beim zuständigen Landgericht zugelassenen Beklagten mit der Verfolgung der abgetretenen Ansprüche. Am 11.12.1992 überließ der Streithelfer dem Beklagten – neben einem „Tatbestandsentwurf“ und anderen Unterlagen – zwei Rechtsgutachten. In diesen heißt es, der Streithelfer habe mit der KZV vom 4.2. bis 21.7.1992 verhandelt, so daß die Verjährungsfrist am 28.1.1993 ablaufe. Die vom Beklagten am 21.12.1992 eingereichte Schadenersatzklage, die nach einer Erhöhung einen Streitwert von etwa 7,2 Mio. DM erreichte, wurde rechtskräftig abgewiesen, weil eine Amtshaftungsforderung verjährt sei und ein enteignungsgleicher Eingriff nicht vorliege.

Der Klageanspruch gegen den Beklagten auf Ersatz der Vorprozeßkosten von 190.017,49 DM wurde vom Landgericht abgewiesen und durch das Oberlandesgericht überwiegend zugesprochen. Mit seiner Revision erstrebt der Beklagte eine volle Wiederherstellung des Urteils des Landgerichts; der Kläger verfolgt mit seiner Anschlußrevision den abgewiesenen Teil seiner Klageforderung weiter.

Die Rechtsmittel führen zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

Aus den Gründen:

A. Zur Revision des Beklagten

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Der Beklagte habe seine Vertragspflicht gegenüber dem Kläger fahrlässig verletzt und dadurch den zugebilligten Kostenschaden verursacht, indem er die Verjährung eines Amtshaftungsanspruchs gegen die KZV nicht selbst hinreichend geprüft und infolgedessen den Kläger nicht auf das Risiko hingewiesen habe, eine bereits verjäherte Forderung geltend zu machen. Von dieser Prüfungspflicht sei der Beklagte nicht befreit gewesen, falls der Kläger auf anwaltlichen Rat ihm – dem Beklagten – erklärt habe, es sei bereits überprüft worden, daß noch keine Verjährung eingetreten sei, auf die Gutachten könne er sich verlassen. Der Beklagte habe einen umfassenden Prozeßauftrag gehabt, der ihn zur Prüfung der Erfolgsaussicht eines

Rechtsstreits und der damit verbundenen Risiken verpflichtet habe. Deshalb habe er sich nicht auf die Angaben in den – vom Streithelfer des Klägers übergebenen – Gutachten verlassen dürfen, die Verjährung trete erst am 28.1.1993 ein und sei durch wiederholte Verhandlungen mit der KZV – zuletzt in der Zeit vom 4.2. bis 21.7.1992 – gehemmt gewesen.

Die Verjährungsfrist für einen Amtshaftungsanspruch sei am 12.2.1988 mit Eintritt der Rechtskraft des Urteils des Sozialgerichts von November 1987 in Lauf gesetzt worden. Zugunsten des Beklagten werde unterstellt, daß die Verjährung 1990 und 1991 durch Verhandlungen mit der KZV an 560 Tagen gehemmt gewesen sei. Selbst wenn das Gespräch des Streithelfers mit der KZV am 4.2.1992 zu einer weiteren Verjährungshemmung geführt habe, so sei diese mit Zugang des Schreibens der KZV vom 6.3.1992 beendet worden. Dann sei die Verjährungsfrist Ende September 1992 abgelaufen. Dies hätte der Beklagte vor Einreichung der Klage feststellen können und müssen, weil ihm damals dieses Schreiben der KZV bekannt gewesen sei und er den – in den erhaltenen Unterlagen erwähnten – Schriftwechsel hätte einsehen müssen. Bei pflichtgemäßer Beratung hätte der Kläger von der Klageerhebung abgesehen.

II. Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung in wesentlichen Punkten nicht stand.

1. Der Ansicht des Berufungsgerichts, der Beklagte habe eine vertragliche Pflicht verletzt, die Verjährung eines Amtshaftungsanspruchs (§ 852 Abs. 1 i.V.m. § 839 BGB, Art. 34 GG) vor Einreichung der Klage zu prüfen, liegen rechtsfehlerhafte tatsächliche Feststellungen zugrunde, wie die Revision zutreffend rügt.

Zu Recht hat das Berufungsgericht eine grundsätzliche Pflicht des Rechtsanwalts angenommen, seinen Auftraggeber umfassend und erschöpfend zu beraten. **Vor voraussehbaren und vermeidbaren Nachteilen muß der Rechtsanwalt den Mandanten bewahren; Zweifel und Bedenken, zu denen die Sachlage Anlaß gibt, hat er darzulegen und mit seinem Auftraggeber zu erörtern** (BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1834

m.w.N.). Erscheint nach pflichtgemäßer Prüfung der Sach- und Rechtslage eine beabsichtigte Klage nahezu sicher oder jedenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit als aussichtslos, so muß der Anwalt auf den damit verbundenen Grad der **Gefahr eines Prozeßverlustes** hinweisen (BGH, Urt. v. 10.3.1988 – IX ZR 194/87, NJW 1988, 2113 m.w.N.).

Das Berufungsgericht hat jedoch das substantiierte Vorbringen des Beklagten nicht hinreichend gewürdigt, der Kläger habe ihm nur ein beschränktes Mandat erteilt mit dem Inhalt, ohne Prüfung der Verjährungsfrage die Klageschrift anzufertigen und einzureichen. Der Beklagte hat behauptet, bei einem Informationsgespräch unmittelbar nach Eingang der Unterlagen des Streithelfers am 11.12.1992 habe der Kläger ihm – dem Beklagten – erklärt, nach den Gutachten des Rechtsanwalts Dr. W. – Streithelfer –, die ihm bekannt und überzeugend seien, seien die Ansprüche begründet und nicht verjährt; der Beklagte könne diese Gutachten zugrunde legen. Darüber hinaus sei der Sachverhalt durch diesen Anwalt bereits zusammengestellt worden, der Beklagte könne sich hierauf verlassen; er möge möglichst umgehend die Klageschrift anfertigen und einreichen.

Sollte dieses Vorbringen richtig sein, so hätte der Kläger dem Beklagten eindeutig zu erkennen gegeben, daß er seiner fachlichen Hilfe nur in der behaupteten Art, Richtung und Reichweite bedürfe, dann könnte der Kläger dem Beklagten aber nicht vorwerfen, dieser hätte doch – über sein Mandat hinaus – die Verjährung eines Amtshaftungsanspruchs untersuchen müssen (vgl. BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O.). Daran würde es nichts ändern, daß der Prozeßauftrag selbst umfassend war. Diesem wäre der Beklagte, falls er die Verjährung nicht prüfen sollte, gerecht geworden, indem er – wie geschehen – die Angaben in den vom Streithelfer erhaltenen Gutachten, die die Verjährung und deren Hemmung durch Verhandlungen mit der KZV (§ 852 Abs. 2 BGB) betrafen, in die Klageschrift unter Beweisantritt übernahm.

Entgegen der Ansicht der Revision ist die behauptete Erklärung des Klägers nicht als Weisung im Rahmen eines Anwaltsvertrages zu werten. Eine solche **Weisung** seines Auftraggebers **hat der Rechtsanwalt grundsätzlich zu**

befolgen (§§ 665, 675 BGB). Dies darf aber nicht blindlings geschehen. Vielmehr muß der Anwalt selbständig prüfen, ob dem Auftraggeber bei Ausführung einer Weisung Nachteile drohen; ist dies der Fall, so hat der Anwalt den Mandanten darauf hinzuweisen und seine Antwort abzuwarten (BGH, Urt. v. 20.3.1984 – VI ZR 154/82, NJW 1985, 42, 43; v. 30.10.1984 – IX ZR 6/84, VersR 1985, 83, 84). Dagegen beschränkt sich die Warnpflicht bei einem eingeschränkten Mandat auf Gefahren, die dem Rechtsanwalt bekannt oder für ihn offenkundig sind; darunter fällt nicht ein unrichtiges Verständnis des Verhandlungsbegriffs i.S.d. § 852 Abs. 2 BGB in einem Gutachten, das ungeprüft übernommen werden soll.

Wird eine Erklärung des Auftraggebers, die entweder ein beschränktes Mandat oder einen unbeschränkten Auftrag mit einer Weisung zum Inhalt haben kann, – wie im vorliegenden Falle – bei Abschluß des Anwaltsvertrages abgegeben, so ist der Wille der Vertragspartner im Wege der Auslegung zu ermitteln (§§ 133, 157 BGB). Entscheidend ist dafür letztlich, ob der Rechtsanwalt auch von der Pflicht befreit sein sollte, den Mandanten auf erkennbare Risiken und Nachteile seiner Erklärung hinzuweisen.

Im vorliegenden Falle ergibt die Auslegung der behaupteten Erklärung einen beschränkten Auftrag mit Rücksicht darauf, daß dem Beklagten die Gutachten zur Verjährungsfrage überlassen worden sind. Da der Kläger entgegen diesem Vorbringen des Beklagten ein unbeschränktes Mandat behauptet hat, das er beweisen muß (BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O., m.w.N.), ist insoweit eine Sachaufklärung erforderlich.

2. Für den Fall, daß der Beklagte einen **uneingeschränkten Auftrag** erhalten hat, ist der Beklagte – gemäß der Ansicht des Berufungsgerichts – dem Kläger wegen Verletzung einer Vertragspflicht zum Schadenersatz verpflichtet.

a) Im Rahmen eines solchen Mandats muß der Rechtsanwalt aufgrund seiner umfassenden Betreuungspflicht **prüfen, ob der ihm vorgelegte Sachverhalt den vom Auftraggeber erstrebten Erfolg herbeiführen kann. In der Regel darf der Rechtsanwalt auf die Richtig-**

keit tatsächlicher Angaben seines Mandanten ohne eigene Nachforschungen vertrauen, solange er die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit weder kennt noch erkennen muß. Dies gilt nicht für die Mitteilung von **Rechtsstatsachen und rechtlichen Wertungen**, da solche Angaben des regelmäßig rechtsunkundigen Mandanten unzuverlässig sind. Insoweit muß der Anwalt die zugrundeliegenden, für die rechtliche Prüfung bedeutsamen Umstände und Vorgänge klären, indem er seinen Auftraggeber befragt und von diesem einschlägige Unterlagen erbittet (BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O., 1835 m.w.N.). **Diese Grundsätze sind entsprechend anzuwenden, wenn der Mandant die Unterrichtung seines Anwalts einem Dritten überläßt (BGH, Urt. v. 11.7.1991 – IX ZR 180/90, NJW 1991, 2839, 2840 f = GI 1994, 8).**

Dies gilt entgegen der Ansicht der Revision auch dann, wenn die Information durch einen Rechtsanwalt erfolgt. Erkennt der neue Anwalt die Unrichtigkeit tatsächlicher oder rechtlicher Angaben des früheren Rechtsberaters oder muß er sie bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt erkennen, so hat er dafür zu sorgen, daß seinem Mandanten aus den fehlerhaften Mitteilungen seines früheren Beraters kein Schaden entsteht.

Für den Fall eines unbeschränkten Mandats hat das Berufungsgericht zu Recht angenommen, **der Beklagte hätte selbst prüfen müssen, ob die Auffassung in den vom Streithelfer überlassenen Gutachten, die Verjährung trete am 28.1.1993 ein, richtig war.** Bei Beauftragung des Beklagten Anfang Dezember 1992 war die dreijährige Verjährungsfrist für einen Amtshaftungsanspruch wegen des Entzugs der Kasenzulassung 1986 bereits abgelaufen (§ 852 Abs. 1 BGB), falls die Verjährung nicht gemäß den Gutachten durch Verhandlungen mit der KZV nach § 852 Abs. 2 BGB gehemmt worden war (§ 205 BGB). **Verhandlung in diesem Sinne ist jeder Meinungs-austausch über den Schadenfall zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten, wenn und solange nicht erkennbar jeglicher Schadenersatz abgelehnt wird (BGH, Urt. v. 26.1.1988 – VI ZR 120/87, VersR 1988, 718, 719; v. 19.2.1991 – VI ZR 165/90, DB 1991, 2183).**

In dem Gutachten betreffend „Lauf der Verjährungsfrist für den Amtshaftungsanspruch“ wird hingewiesen auf ein „Ablehnungsschreiben vom 19.2.1991, worin der Anspruch seitens der KZV nach erneuter Prüfung der Sach- und Rechtslage abgelehnt wurde“. Schon deswegen ergaben sich Zweifel an der Richtigkeit der folgenden unsubstantiierten Angabe, „ausweislich des Schriftverkehrs“ sei „spätestens seit dem 4.2.1992 bis zum 21.7.1992 erneut mit der KZV verhandelt“ worden; entfiel diese angebliche Hemmungszeit, so war der Anspruch bereits bei Beauftragung des Beklagten verjährt.

Dafür, daß eine Bitte des Beklagten um Einsichtnahme in das Schreiben der KZV vom 19.2.1991 vom Mandanten erfüllt worden wäre, spricht der Beweis des ersten Anscheins (BGH, Ur. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O., 1835 m.w.N.); diesem Schreiben hätte der Beklagte entnommen, daß jede Schadenersatzpflicht geleugnet und dem Kläger die Klageerhebung anheimgestellt worden war. Außerdem hat der Beklagte nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung damals das Schreiben der KZV an den Streithelfer vom 6.3.1992 gekannt, in dem betont wurde, daß niemals – auch nicht bei einer Besprechung am 4.2.1992 – Verhandlungsbereitschaft bestanden habe.

Nach alledem war die Verjährung nicht vom 4.2. bis 21.7.1992 gehemmt. Darauf und auf die damit verbundene hohe Gefahr eines Prozeßverlustes wegen Anspruchsverjährung hätte der Beklagte den Kläger vor Klageerhebung hinweisen müssen. Dieser Pflicht ist der Beklagte nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung nicht nachgekommen.

Eine entsprechende Pflichtverletzung entfällt entgegen der Ansicht der Revision nicht, falls der Kläger den Beklagten im Rahmen eines **unbeschränkten** Mandats angewiesen hat, er solle die vom Streithelfer überlassenen Gutachten zugrunde legen. Dann hätte der Beklagte selbständig prüfen müssen, ob dem Kläger bei Ausführung dieser Weisung Nachteile drohten. **Bei pflichtgemäßer Untersuchung hätte der Beklagte erkennen können und müssen, daß der einzuklagende Anspruch bereits verjährt war, und hätte den Kläger darauf hinweisen müssen.**

b) Die tatrichterlichen Feststellungen, der Beklagte habe fahrlässig gehandelt und durch seine Pflichtverletzung – im Rahmen eines unbeschränkten Auftrags – den zugebilligten Kostenschaden verursacht, werden von der Revision nicht beanstandet.

c) Sie rügt jedoch zu Recht, daß das Berufungssgericht nicht ein **Mitverschulden** des Klägers geprüft und angenommen hat (§ 254 BGB). Haftet der Beklagte aus einem unbeschränkten Mandat, so trifft den Kläger ein Schadenursächliches Mitverschulden, weil er in seinem Rechtsverhältnis zum Beklagten dafür verantwortlich ist, daß sein Streithelfer als sein früherer Rechtsberater den Beklagten über die Dauer der Verjährungshemmung falsch unterrichtet hat (§§ 254, 278 BGB).

Anders als in den bisher vom Senat entschiedenen Fällen, in denen dem geschädigten Mandanten ein Anwaltsfehler im Rahmen des § 254 Abs. 2 BGB als Mitverschulden zugerechnet wurde (BGH, Ur. v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, NJW 1994, 1211, 1212 = GI 1994, 153; v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93, WM 1994, 2162, 2165 = GI 1995, 3), **erstreckt sich der vom Kläger zu verantwortende Schadenbeitrag gemäß § 254 Abs. 1 BGB auf den haftungsbegründenden Vorgang**. Auch im Rahmen dieser Vorschrift ist dem Geschädigten ein Verschulden eines **Erfüllungsgehilfen**, dessen er sich zur Wahrnehmung seiner Interessen im Rahmen eines Vertragsverhältnisses bedient, **in entsprechender Anwendung des § 278 BGB zuzurechnen** (BGHZ 3, 46, 49 f; 36, 329, 338 f; BGH, Ur. v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, a.a.O.; v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93, a.a.O.).

Zwar **haften Personen, die jeweils unabhängig voneinander eine Ursache für einen Schaden gesetzt haben, grundsätzlich als Gesamtschuldner, ohne daß sich der Geschädigte im allgemeinen den Beitrag eines Schädigers bei der Inanspruchnahme eines anderen als Mitverschulden entgegenhalten lassen müßte**; dieser Grundsatz gilt auch für Rechtsanwälte, die nacheinander für den geschädigten Mandanten tätig waren (BGH, Ur. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, WM 1993, 1376, 1378 = GI 1993, 355; v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, a.a.O.). Dieser hat sich aber auf einen Regreßanspruch gegen einen Rechtsanwalt

einen schuldhaften Schadenbeitrag eines anderen Anwalts dann als Mitverschulden anrechnen zu lassen, wenn er sich dieses Anwalts zur Erfüllung eines Gebots des eigenen Interesses bedient hat und das Verhalten dieser Hilfsperson in unmittelbarem Zusammenhang mit dem ihr anvertrauten Pflichtenkreis steht (BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, a.a.O.; v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93, a.a.O.; v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93, a.a.O.).

Dementsprechend ist bereits im Senatsurteil vom 17.7.1991 (IX ZR 180/90, a.a.O., 2841) dem Mandanten ein Mitverschulden gemäß §§ 254 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2, 278 BGB angelastet worden, weil mit seinem Einverständnis ein Dritter den Rechtsanwalt unterrichtet und dabei eine falsche Angabe gemacht hatte.

aa) Die Voraussetzungen dieser Vorschriften für die Anrechnung eines Mitverschuldens sind im vorliegenden Falle gegeben.

Der Kläger hat sich im Rahmen seines Anwaltsvertrages mit dem Beklagten des Streithelfers bedient, **um die ihm obliegende Vertragspflicht zu erfüllen, den Prozeßanwalt über den Sachverhalt wahrheitsgemäß und vollständig zu unterrichten** (vgl. BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O., 1835 f). Nach seinem eigenen Vorbringen hatte der Kläger dem Streithelfer Prozeßvollmacht bezüglich eines von seinem Bruder abgetretenen Anspruchs gegen die KZV erteilt und sich damit einverstanden erklärt, daß der Streithelfer sämtliche Unterlagen dem Beklagten übergab, der die Klage beim zuständigen Gericht – bei diesem war der Beklagte, nicht aber der Streithelfer zugelassen – einreichen sollte; der Streithelfer hatte den Beklagten insbesondere über möglicherweise verjährungshemmende Verhandlungen zu unterrichten, die er für den Kläger – ohne dessen Teilnahme – geführt hatte. Abweichend von diesem Vortrag, der sich im wesentlichen mit demjenigen des Beklagten sowie mit dem Schriftwechsel zwischen dem Kläger und seinem Streithelfer deckt, hat der Streithelfer behauptet, er habe kein Mandat des Klägers erhalten. Diese Behauptung steht im Widerspruch zum Vorbringen des vom Streithelfer unterstützten Klägers und ist deswegen unerheblich (§§ 67, 74 Abs. 1 ZPO).

Der Streithelfer ist der ihm vom Kläger anvertrauten, im unmittelbaren Zusammenhang mit seiner Vertragspflicht stehenden Aufgabe, den Beklagten zur Ausführung des Klageauftrags über den Sachverhalt zu unterrichten, insoweit pflichtwidrig und fahrlässig nicht gerecht geworden, als die Angaben in den übergebenen Gutachten zu einer Verjährungshemmung vom 4.2. bis 21.7.1992 unzutreffend waren. Dadurch hat der Streithelfer zum Kostenschaden des Klägers beigetragen; nach der Lebenserfahrung liegt es nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit, daß – wie geschehen – **solche anwaltlichen Mitteilungen von einem anderen Rechtsanwalt, der auf ihrer Grundlage für denselben Auftraggeber eine Klage erheben soll, ungeprüft übernommen werden.**

Es entlastet den Streithelfer nicht, daß er in seinem Schreiben an den Beklagten vom 11.12.1992 erklärt hat, er habe vom Kläger bislang kein Mandat erhalten. Entscheidend ist, daß nach diesem Schreiben die „übergebenen Unterlagen zur weiteren Verfahrensvertretung“ in dieser Sache dienen sollten, also zur Unterrichtung über den Sachverhalt bestimmt waren. Selbst wenn die beiden Gutachten – gemäß der Behauptung des Streithelfers – „interne Referendarvermerke“ gewesen sein sollten, so hat dieser mit der vorbehaltlosen Überlassung an den Beklagten den Anschein der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zumindest insoweit erweckt, als sie – dies wußte der Beklagte aus dem ihm damals bekannten Schreiben der KZV an den Streithelfer vom 6.3.1992 – angeblich verjährungshemmende Verhandlungen des Streithelfers seit dem 4.2.1992 betrafen. Deswegen kann es dahinstehen, ob – gemäß dem Vorbringen des Beklagten – die Gutachten vom Streithelfer stammen und dieser bei Übergabe der Unterlagen erklärt hat, der Anspruch verjähre in der zweiten Hälfte des Januar 1993.

Danach hat der Kläger in seinem Vertragsverhältnis mit dem Beklagten einen Schadenursächlichen Beitrag aus dem Bereich seiner Eigenverantwortung zu vertreten (§§ 254 Abs. 1, 278 BGB; vgl. BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, a.a.O., 1835 f).

bb) Ein eigenes Mitverschulden des Klägers ergibt sich nicht aus dem Vorbringen des

Beklagten, der Kläger – Dr. jur. und Dr. med., Professor und Direktor eines Universitätsinstituts für Rechts- und Verkehrsmedizin, der vor mehr als 30 Jahren in Heidelberg zunächst ein Jura-studium mit dem ersten Examen abgeschlossen hat, – habe das Verjährungsproblem gekannt. Selbst wenn dies richtig sein sollte, so ist schon zu berücksichtigen, daß der Kläger an den Verhandlungen seines Streithelfers mit der KZV ab 4.2.1992 nicht teilgenommen hat. **Außerdem darf sich selbst ein Mandant mit juristischer Vorbildung auf eine einwandfreie Arbeit seines Anwalts verlassen** (vgl. *Senats-urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91, NJW 1992, 820 = GI 1992, 253; v. 24.6.1993 – IX ZR 216/92, WM 1993, 1889, 1894 = GI 1994, 40*).

cc) Da die Frage eines Mitverschuldens in den Vorinstanzen nicht erörtert worden ist, ist den Parteien noch Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (§§ 139, 278 Abs. 3 ZPO).

Nach Klärung der dafür maßgeblichen tatsächlichen Umstände wird das Berufungsgericht die beiderseitigen Schadenbeiträge gegeneinander abzuwägen haben (vgl. dazu *BGH, Urt. v. 17.11.1994 – IX ZR 208/93, WM 1995, 212, 214 = GI 1996, 85*). Sollte es beim bisher vorliegenden Sachverhalt verbleiben, so liegt eine Haftungsteilung nahe, deren Umfang vom Tatrichter festzulegen ist.

B. Zur Anschlußrevision des Klägers

Die Anschlußrevision des Klägers ist zulässig (§ 565 ZPO) und hat Erfolg.

Sie richtet sich dagegen, daß das Berufungsgericht dem Kläger einen Anspruch auf Ersatz der Kosten seines zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten im Vorprozeß – Rechtsanwalt Dr. B. – in Höhe von 36.840,02 DM sowie der Gerichtskosten der – zurückgenommenen – Berufung im Vorprozeß in Höhe von 12.534 DM versagt hat.

I. Dazu hat das Berufungsgericht ausgeführt: Im Zusammenhang mit der Einlegung der Berufung im Vorprozeß sei dem Beklagten keine Pflichtverletzung vorzuwerfen. Die Prüfung der Berufungsaussicht habe Rechtsanwalt Dr. V. übernommen, der von dem Rechtsmittel abgeraten habe. Der Kläger habe nicht dargelegt, warum ihm diese Belehrung über die Rechts-

lage nicht genügt habe. Es sei seine Entscheidung gewesen, Berufung einzulegen und einen weiteren Anwalt einzuschalten. Dieses Vorgehen sei nicht durch Pflichtverletzungen des Beklagten verursacht worden.

II. Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Das Berufungsgericht hätte im Ergebnis recht, falls der Beklagte – gemäß seiner Behauptung – nur ein beschränktes Mandat des Klägers erhalten haben sollte mit dem Inhalt, ohne Prüfung der Verjährungsfrage Klage zu erheben. Dann wäre auch dieser Teil des Kostenschadens nicht auf eine Pflichtverletzung des Beklagten zurückzuführen.

2. Hatte der Kläger – gemäß seinem Vorbringen – dem Beklagten ein unbeschränktes Mandat erteilt, so waren die Kosten des Rechtsanwalts Dr. B. entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts **ein adäquater, zurechenbarer Folgeschaden aus der Pflichtverletzung des Beklagten** (vgl. *BGH, Urt. v. 30.4.1986 – VIII ZR 112/85, NJW 1986, 2243, 2244 f*). Der vorliegende Sachverhalt ist anders als derjenige, der dem – vom Berufungsgericht herangezogenen – Senatsurteil vom 10.3.1988 (*IX ZR 194/87, NJW 1988, 2113*) zugrunde lag. In jenem Falle war dem in Anspruch genommenen Rechtsanwalt keine Pflichtverletzung vorzuwerfen wegen der Einlegung einer Berufung, zu der ein anderer Rechtsanwalt, der die Prüfung der Erfolgsaussicht des Rechtsmittels übernommen hatte, unter Hinweis auf ein erhebliches Risiko geraten hatte.

Hier hat dagegen der Beklagte unter der Voraussetzung, daß ihm ein unbeschränktes Mandat erteilt worden ist, die geltend gemachten, **im Vorprozeß entstandenen Anwaltskosten verursacht**, weil er pflichtwidrig und fahrlässig vor Klageerhebung die Verjährung des einzuklagenden Anspruchs nicht erkannt und infolgedessen den Kläger nicht auf das daraus folgende Risiko eines Prozeßverlustes hingewiesen hat. **Deswegen hat der Beklagte dem Kläger alle Aufwendungen – auch Anwaltskosten – zu ersetzen, die bei der gegebenen Sachlage zur Schadenabwendung als vernünftig und zweckmäßig erschienen** (vgl. *BGH, Urt. v. 30.4.1986 – VIII ZR 112/85, a.a.O.*).

Eine solche Maßnahme war der Auftrag des nicht hinreichend fachkundigen Klägers an den beim Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt Dr. B., die Aussicht einer Berufung zu prüfen. Entgegen der Meinung des Berufungsgerichts hat der Kläger dargelegt, warum ihm das – auf Bitte des Beklagten – erstattete Gutachten des Rechtsanwalts Dr. V. vom 2.11.1993 nicht genügt hatte. Dieser war zu dem Ergebnis gelangt, der Klageanspruch sei zwar – entgegen dem Urteil des Landgerichts – nicht verjährt, aber aus anderen Gründen ungerechtfertigt.

Eine Partei darf sich grundsätzlich auf die Richtigkeit einer erstinstanzlichen Entscheidung verlassen; die Nichteinlegung eines Rechtsmittels kann allerdings dann zu einem Schadensursächlichen Mitverschulden des Geschädigten (§ 254 BGB) führen, wenn besondere Umstände eine Anfechtung als aussichtsreich erscheinen lassen (BGH, Urt. v. 6.12.1984 – III ZR 141/83, VersR 1985, 358, 359). Dies war hier aus der Sicht des Klägers der Fall. Der Kläger war durch das Urteil des Landgerichts überrascht worden, weil weder der Streithelfer noch der Beklagte ihn auf ein Verjährungsrisiko hingewiesen hatten. Auch Dr. V. hatte den Klageanspruch für unverjährt gehalten.

Der Kläger kann jedoch, falls der Beklagte aus einem unbeschränkten Mandat haften sollte, die geltend gemachten Gerichtskosten des Berufungsverfahrens insgesamt und die Kosten des Rechtsanwalts Dr. B. insoweit selbst zu tragen haben, als diese eine Gebühr gemäß § 20 Abs. 2 BRAGO. und den Betrag der erforderlichen Auslagen übersteigen. Insoweit können diese Aufwendungen allein auf einem Mitverschulden des Klägers beruhen (§ 254 Abs. 2 BGB). Nach Zustellung des Urteils des Landgerichts am 3.11.1993 hätte er im eigenen Interesse die weiteren Kosten gering halten müssen, indem er unverzüglich einen Rechtsanwalt mit der Prüfung beauftragte, ob er innerhalb der bis zum 3.12.1993 laufenden Frist (§ 516 ZPO) Berufung einlegen solle. Insoweit kann der Kläger die Sorgfalt außer acht gelassen haben, die den Umständen nach als erforderlich erschien, um sich selbst vor Schaden zu bewahren.

Ein solcher Vorwurf setzt jedoch die tatrichterliche Feststellung voraus, daß Rechtsanwalt Dr. B. bei rechtzeitiger Beauftragung die Ver-

jährungsfrage vor Ablauf der Berufungsfrist geklärt hätte. In diesem Falle wären die Gerichtskosten für die fristwahrende Berufung nicht entstanden und hätte Rechtsanwalt Dr. B. nur eine Gebühr gemäß §§ 20 Abs. 2, 11 Abs. 1 Satz 4 BRAGO nebst Auslagen und Umsatzsteuer erhalten.

Dritthaftung des Steuerberaters

- Kreditgebende Bank
- Haftungsumfang des Steuerberaters
- Fehlerhafte Mandantenangaben zu Warenvorräten

(OLG München, Urt. v. 13.4.1995 – 24 U 86/93, rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision; BGH, Beschl. v. 30.4.1996 – VIII ZR 369/95, WM 1997, 613)

Leitsätze:

1. Leitet ein Kreditnehmer von seinem Steuerberater erstellte Jahresabschlüsse und Zwischenberichte mit dessen Wissen an die kreditgebende Bank weiter, reicht dies für einen Auskunftsvertrag zwischen der Bank und dem Steuerberater nicht aus.

2. Der Annahme, die Bank sei in den Schutzbereich des von dem Kreditnehmer geschlossenen Steuerberatervertrages einbezogen, stehen weder die möglicherweise gegenläufigen Interessen der Bank und ihres Kunden noch der Umstand entgegen, daß der Kreditnehmer gegenüber seinem Steuerberater bewußt falsche Wertangaben über steuerlich wesentliche Gegenstände (hier: Warenvorräte) gemacht und selbst keinen Anspruch wegen schuldhafter Schlechterfüllung des Steuerberatervertrages hatte.

3. Zum Verschulden eines Steuerberaters bei Erstellung falscher Jahresabschlüsse.

4. Ein Steuerberater muß nicht gegen den Willen seines Mandanten oder über den Auftrag hinaus eigenständig Ermittlungen über steuerlich erhebliche Umstände anstellen. Er darf sich – vor allem bei langjähriger Betreuung – darauf verlassen, daß die Zahlenangaben des Steuerpflichtigen nicht bewußt manipuliert wurden. Plausibilitätskontrollen reichen auch und gerade in diesem Zusammenhang aus.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von den Steuerberatern einer früheren Kreditkundin Schadenersatz wegen falscher Bewertung des sicherungsüber-eigneten Warenlagers und hierauf beruhender Forderungsausfälle.

Die Klägerin gewährte der X.-GmbH, die im Jahre 1976 von dem Kaufmannsehepaar mit einem Stammkapital von 60.000 DM gegründet worden war und die einen Handel mit Auto- und Motorradzubehör, Fahrrädern und Sportartikeln betrieb, ab den Jahren 1981/1982 eine Kreditlinie von bis zu 1,5 Mio. DM. Die X.-GmbH überreignete mit Verträgen vom 1./23.5.1977, 21.5.1979, 18.3.1981 und vom 20.3.1985 ihr gesamtes Warenlager an die Klägerin.

In den steuerlichen Angelegenheiten der X.-GmbH wurden der am 17.8.1989 verstorbene, von der Beklagten zu 2) allein beerbte Steuerberater U. sowie ab 1986 die von ihm gegründete Beklagte zu 1) tätig. Sie erstellten insbesondere die Jahresabschlüsse für die Jahre 1983 und 1984 (Steuerberater U.) und für die Jahre 1985 und 1986 (Beklagte zu 1). In den Jahresabschlüssen waren die Gegenstände des Warenlagers mit überhöhten Werten (Verkaufspreise einschl. Mehrwertsteuer) ausgewiesen. In den Abschlüssen für die Jahre 1983 und 1984 wiesen die Steuerberater jeweils darauf hin, die Inventarwerte seien ungeprüft übernommen worden; in den Abschlüssen für die Jahre 1985 und 1986, es sei nur eine eingeschränkte Prüfung erfolgt.

Auf Veranlassung der Klägerin, die im Frühjahr 1987 Bedenken hinsichtlich der Bilanzwerte hatte, wurden bei einer Überprüfung Falschangaben der X.-GmbH in den genannten Jah-

resabschlüssen aufgedeckt und daraufhin die Ansätze für Warenvorräte zum 29.9.1987 nach unten berichtigt. Für die Geschäftsjahre 1983 bis 1986 ergaben sich statt der ausgewiesenen Gewinne folgende Verluste:

ausgewiesener Gewinn	bei der Berichtigung festgestellter Gewinn
1983 + 92.126,76 DM	– 235.763,04 DM
1984 + 9.602,61 DM	– 273.221,39 DM
1985 + 13.751,62 DM	– 919.366,38 DM
1986 + 16.044,69 DM	– 482.056,31 DM

Am 31.12.1987 wurde über das Vermögen der X.GmbH das Konkursverfahren eröffnet. Nach der Abwicklung des Konkurses hat die Klägerin auf ihre Ansprüche keine Zahlungen mehr erhalten.

Die Klägerin hat ihren Schadenersatzanspruch auf Verletzung eines Auskunftsvertrages mit den Steuerberatern, auf einen Vertrag mit Schutzwirkung oder (hilfsweise) auf unerlaubte Handlung gestützt. Sie hat vorgetragen, es habe ein umfassendes Dauermandat mit dem Steuerberater U. bestanden, in das die Beklagte zu 1) nach dessen Tod eingetreten sei. Die falschen Warenansätze seien für die Steuerberater erkennbar gewesen. Denn letztere hätten Zugang zum Bilanzinformationssystem (BIS) der X.-GmbH gehabt, das u.a. laufend den aktuellen Wareneingang und Lagerbestand nach Ein- und Verkaufspreisen ausgewiesen habe.

Die Unrichtigkeit der von der Mandantin mitgeteilten Werte des Warenlagers habe sich wegen der drastisch angestiegenen Werte für Warenvorräte geradezu aufgedrängt. Die Steuerberater hätten von der Bedeutung der einschlägigen Angaben für die Kreditbeziehungen der Klägerin zur X.-GmbH gewußt und die Klägerin durch geschönte Zwischenberichte irreführt. Bei richtiger Darstellung der Lagerwerte hätte sie, die Klägerin, keine (für das Jahr 1983) oder wesentlich geringere Forderungsausfälle (für die Jahre ab 1984) erlitten. Sie hätte bei nur wenig verändertem Kreditvolumen rechtzeitig auf die Sicherheiten zurückgreifen können. Statt dessen habe ab dem Jahr 1984 eine Unterdeckung bei den Sicherheiten bestanden. Dies habe zu einem Ausfall von 612.000 DM zuzüglich Zinsen und Gutachterkosten geführt.

Die Klägerin hat beantragt, die Beklagten zu verurteilen, als Gesamtschuldner an die Klägerin 700.000 DM nebst 8% Zinsen hieraus seit 14.7.1988 zu bezahlen.

Die Beklagten haben eine laufende Betreuung in steuerlichen Angelegenheiten bestritten. Es seien lediglich die Jahresabschlüsse nach den ungeprüften und (mangels Vorlage der BIS-Zahlen und der DATEV-Auswertungen) auch nicht prüfbaren Angaben der Mandantin erstellt worden. Weitergehende Aufträge hätten nicht bestanden; die eingeschränkte Prüfung (insoweit unstreitig) sei in den Abschlüssen ausdrücklich vermerkt worden. Von der Vorlage der Jahresabschlüsse an die Klägerin hätten sie, die Beklagten, nichts gewußt; sie hätten auch keine Zwischenberichte an die Klägerin erstellt. Die Beklagten haben ferner den ursächlichen Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und dem Schaden der Klägerin angezweifelt, weil der Konkurs der X.-GmbH auch bei einer früheren Kreditkündigung wegen der schon seit 1983 fehlenden Deckung unvermeidlich gewesen sei. Die Klägerin treffe eine Mitverantwortung, weil sie trotz des hohen Kreditvolumens keine eigene Prüfung vorgenommen habe und sich außerdem im Rahmen eines Vertrags mit Schutzwirkung die falschen Angaben der X.-GmbH zurechnen lassen müsse. Die Beklagten haben sich auf Verjährung berufen und (mangels Ausführungen der Klägerin zur Kreditentwicklung) die Schadenhöhe bestritten.

Das LG hat die Klage abgewiesen.

Aus den Gründen:

I. Die Berufung der Klägerin ist unbegründet. Die Klägerin hat aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt einen Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte zu 1) und gegen die Beklagte zu 2) als Rechtsnachfolgerin ihres verstorbenen Ehemannes, des Steuerberaters U.

1. Die Beklagten sind nicht wegen Verletzung eines mit der Klägerin oder mit der X.-GmbH mit Schutzwirkung für die Klägerin geschlossenen Auskunftsvertrages zum Schadenersatz verpflichtet.

a) Nach § 676 BGB bewirkt eine Auskunft grundsätzlich noch keine Haftung; anderes gilt

nur, wenn ein Vertrag auf Auskunftserteilung als Hauptleistung gerichtet ist. Zwischen der Klägerin und den Steuerberatern ist weder ein ausdrücklicher noch ein stillschweigender Auskunftsvertrag zustande gekommen, aus dessen Verletzung Schadenersatzansprüche hergeleitet werden könnten.

Nach ständiger Rechtsprechung des BGH ist der **stillschweigende Auskunftsvertrag** zwischen Geber und Empfänger der Auskunft und damit eine vertragliche Haftung des Auskunftsgabers für die Richtigkeit seiner Auskunft regelmäßig dann anzunehmen, wenn die Auskunft für den Empfänger erkennbar von erheblicher Bedeutung ist und er sie zur Grundlage wesentlicher Entschlüsse machen will; dies gilt insbesondere in Fällen, in denen der Auskunftgeber besonders sachkundig ist oder er ein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Auskunft hat. Diese Umstände sind allerdings nur gewichtige Indizien.

Für den stillschweigenden Abschluß eines Auskunftsvertrages ist entscheidend darauf abzustellen, ob die Gesamtumstände unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung und des Verkehrsbedürfnisses den Rückschluß zulassen, daß beide Teile nach dem objektiven Inhalt ihrer Erklärungen die Auskunft zum Gegenstand vertraglicher Rechte und Pflichten gemacht haben (vgl. BGH, WM 1992, 1031 = NJW 1992, 2082 f; BGH, WM 1990, 1990 = NJW 1991, 352; WM 1985, 1531 = NJW 1986, 180; Altenburger, WM 1994, 1597, 1599, 1603 zur Dritthaftung von Sachverständigen; Schmitz, DB 1989, 1909 ff zur Vertragshaftung des Steuerberaters gegenüber Dritten; Hopt, NJW 1987, 1745 zur Dritthaftung für Testate; Quick, BB 1992, 1675 ff zur Haftung des handelsrechtlichen Abschlußprüfers). Dabei muß auch die Gefahr von unübersehbaren, aus der interessemäßigen Wertung nicht mehr zu rechtfertigenden Haftungsrisiken berücksichtigt werden.

Außer der Sachkunde des Auskunftgebers und der Bedeutung seiner Auskunft für den Empfänger hat der BGH „zusätzliche Erfordernisse“ für den Verpflichtungswillen des Auskunftgebers aufgestellt, durch die verhindert werden soll, daß die Vertragshaftung in unangemessener Weise auf Hilfspersonen

ausgeweitet wird (vgl. BGH, WM 1992, 1031; BGH, WM 1990, 1990): **wirtschaftliches Interesse** an dem Geschäftsabschluß, **persönliches Engagement** in der Form von Zusicherungen nach Art einer Garantief Aufnahme, das **Versprechen eigener Nachprüfung** der Angaben des Geschäftspartners des Auskunftsempfängers, **Hinzuziehung des Auskunftgebers zu Vertragsverhandlungen** auf Verlangen des Auskunftsempfängers oder **Einbeziehung in solche Verhandlungen als unabhängige neutrale Person, anderweitige bestehende Vertragsbeziehung zwischen Auskunftgeber und Auskunftsempfänger**.

Im vorliegenden Fall gab es zwischen der Klägerin und den Steuerberatern keine unmittelbaren auf den Abschluß eines Auskunftsvertrages gerichteten Kontakte. Vielmehr hat lediglich die X.-GmbH die im Rahmen des Steuerberaterauftrags erstellten Jahresabschlüsse an die Klägerin als Kreditgeberin weitergeleitet, um dieser eine Entscheidungsgrundlage an die Hand zu geben.

Sollte die Klägerin Zwischenberichte erbeten und sollten die Steuerberater solche Berichte erstellt haben, die dann an die Klägerin weitergeleitet worden sind, so könnte auch hieraus nicht die Rechtsfolge hergeleitet werden, die Klägerin und die Steuerberater hätten unmittelbare vertragliche Beziehungen begründen wollen. Vielmehr wurden, die Steuerberater – für die Klägerin erkennbar – ausschließlich im Rahmen ihrer vertraglichen Beziehungen zur X.-GmbH tätig. Die Klägerin konnte unter diesen Umständen, nicht darauf vertrauen, es werde vor den Auskünften eine ihre Interessen wahrende gründliche Prüfung erfolgen und die Steuerberater würden gleichsam als unparteiische Sachwalter auftreten. **Dagegen sprach, daß bei den auf Kosten der X.-GmbH erstellten Zwischenberichten o.ä. nicht nur Kreditinteressen, sondern auch z.B. (ggf. gegenläufige) steuerliche Interessen eine Rolle spielen konnten** (vgl. Aussage des Zeugen K. vor dem Senat).

Obwohl die Steuerberater ausweislich der von ihnen erstellten Jahresabschlüsse wußten, daß die X.-GmbH mit Fremdmitteln arbeitete, und damit rechneten, ihre Mandantin werde die Jahresabschlüsse an Dritte, z.B. auch an eine Bank,

weiterleiten, kann ein Auskunftsvertrag zwischen der Klägerin und den Steuerberatern nicht angenommen werden. Denn ein Wille der auskunftgebenden Steuerberater, in diesen Fällen ein Vertragsangebot für einen Auskunftsvertrag abzugeben, ist nicht feststellbar. Im übrigen bestünde die Gefahr von, unübersehbaren, aus der interessemäßigen Wertung nicht mehr zu rechtfertigenden Haftungsrisiken. Es müssen vielmehr, wie sich aus der Entscheidung des BGH in WM 1992, 1031 = NJW 1992, 2082 f klar ergibt, über die Auskunftserteilung hinaus zusätzliche Vertrauensstatbestände geschaffen werden (vgl. auch Schmitz, DB 1989, 1909, 1910), die hier fehlen.

Die Steuerberater haben schließlich in ihren Erklärungen oder durch ihr sonstiges Verhalten auch **nicht zum Ausdruck gebracht, sie wollten jedem, „den es angeht“, für die Richtigkeit haften** – eine Voraussetzung, bei deren Feststellung ohnehin große Zurückhaltung geboten ist (vgl. BGH, WM 1973, 206 = NJW 1973, 323). Sollte eine solche vertragsähnliche Haftung überhaupt ernstlich in Betracht kommen, könnte sie nur mit den Einschränkungen bestehen, wie sie in den Jahresabschlüssen zum Auftrag und Prüfungsumfang enthalten sind.

b) Es fehlt ferner an ausreichenden Anhaltspunkten für einen **Auskunftsvertrag zwischen der X.-GmbH und ihren Steuerberatern mit Schutzwirkung für die Klägerin** (vgl. BGH, NJW 1985, 2253 = JR 1985, 951 mit krit. Anm. Honsel, WM 1985, 450). Auch in diesem rechtlichen Zusammenhang käme allenfalls eine eingeschränkte Haftung nach Maßgabe der Ausführungen in den Jahresabschlüssen in Betracht.

2. Der Klägerin steht der geltend gemachte Schadenersatzanspruch auch nicht deshalb zu, weil sie **in den Schutzbereich des von der GmbH geschlossenen Steuerberatervertrages einbezogen** war. Gegen eine solche Einbeziehung konnte sprechen, daß der Steuerberater keine neutrale Stellung zwischen seinem Auftraggeber und dessen Gläubigern einnimmt, sondern daß er auf der Seite des Auftraggebers steht und dessen Interessen wahrnimmt (vgl. Medicus, JZ 1995, 308). So gelten bei der steuerlichen Bewertung von Betriebsvermögen

teilweise andere Grundsätze, mitunter sogar entgegengesetzte Maßstäbe als in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens.

a) Nach herrschender Rechtsauffassung können Dritte in den Schutzbereich von Verträgen, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt sind, einbezogen werden. Dies geschieht in der Weise, daß ihnen – nach § 242 BGB – zwar keine primären Leistungsansprüche, wohl aber Ansprüche aus Beobachtung vertraglicher Verhaltenspflichten zustehen (vgl. BGH, WM 1989, 375; BGH, WM 1987, 257 = NJW 1987, 1758 = ZIP 1987, 376 = DB 1987, 828). Sie können gegen den Vertragsschuldner einen eigenen vertraglichen Schadenersatz Anspruch haben.

Der BGH hat entschieden, die Einbeziehung eines Dritten in den Schutzbereich eines Vertrages hänge nicht davon ab, ob Wohl und Wehe des Dritten dem Vertragspartner des Schutzpflichtigen anvertraut waren. Denn nach § 328 BGB stehe es den Vertragsschließenden frei, eine Leistungspflicht zugunsten eines Dritten zu begründen; das gelte auch für die Begründung von Schutzpflichten für eine nicht der Fürsorge anvertraute Person. Insbesondere dann, wenn die geschuldete Tätigkeit des Vertragspartners erkennbar (auch) als Entscheidungsgrundlage für einen Dritten bestimmt sei, liege dessen Einbeziehung nahe (vgl. BGH, WM 1989, 375; BGH, WM 1987, 257).

Im vorliegenden Fall hatte die Klägerin als Kreditgeberin ersichtlich Interesse an den steuerlichen Unterlagen und Bewertungen für die X.-GmbH, ihre Kreditnehmerin, gezeigt und stand mit den Steuerberatern in einem Schriftverkehr, der teilweise direkt, zum Teil über die X.-GmbH geführt wurde.

Das Vorliegen eines Vertrags mit Schutzwirkung ist nicht deshalb zu verneinen, weil – wie im vorliegenden Fall – **die Interessen der Klägerin und der X.-GmbH als Auftraggeberin möglicherweise gegenläufig waren**, wenn nämlich die X.-GmbH zur Erreichung eines möglichst hohen Kreditvolumens ihre Kreditfähigkeit durch eine Höchstbewertung der Aktiva unter Beweis zu stellen trachtete. Wer bei einer Person, die (wie ein Steuerberater) über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt, ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung

bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen, ist in der Regel daran interessiert, daß die Ausarbeitung die entsprechende Beweiskraft besitzt. Dies ist jedoch nur dann gewährleistet, wenn der Verfasser sie objektiv nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und auch dem Dritten gegenüber dafür einsteht. Die Gegenläufigkeit der Interessen von Auftraggeber und Dritten spricht in einem solchen Falle nicht gegen seine Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages (vgl. WM 1989, 375, 379 = BGH, NJW-RR 1989, 696 = GI 1989, 95).

Der Annahme eines Vertrages mit Schutzwirkung **steht auch nicht entgegen, daß der Geschäftsführer K. der X.-GmbH im Zusammenhang mit der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Jahre 1983–1986 den Steuerberatern gegenüber bewußt falsche Wertangaben über die Gegenstände des Warenlagers gemacht hatte**, indem er die Warenvorräte anhand der Verkaufspreise einschließlich Mehrwertsteuer bewertete.

Unter diesen Umständen konnte allerdings die X.-GmbH selbst gegen die Steuerberater keine Ansprüche wegen schuldhafter Schlechterfüllung des Steuerberatersauftrags herleiten, weil sie als Auftraggeberin es bewußt darauf angelegt hatte, daß die Jahresabschlüsse wegen unzutreffender Wertangaben über das Warenlager unrichtig waren. **Ein Auftraggeber, der die Mangelhaftigkeit der Vertragsleistung gezielt herbeiführt, setzt sich dem Einwand der unzulässigen Rechtsausübung aus, wenn er wegen des Mangels nachträglich Schadenersatzansprüche erhebt.** Diesem Arglisteinwand ist er auch dann ausgesetzt, wenn der Vorwurf widersprüchlichen Verhaltens auf ein Tätigwerden seines Vertreters zurückzuführen ist (§ 166 Abs. 1 BGB; vgl. BGHZ 117, 104 = WM 1992, 671). Die Beklagten können diesen Umstand aber nicht gemäß § 334 BGB der Klägerin entgegenhalten.

Grundsätzlich stehen dem geschützten Dritten, der seine Rechte aus den Vertragsbeziehungen der unmittelbaren Vertragspartner herleitet, keine weitergehenden Rechte als dem unmittelbaren Vertragspartner des Schädigers zu (vgl. BGH, WM 1975, 388 = NJW 1975, 867; Staudinger/Kaduk, BGH 12. Aufl.,

§ 334 Rdn. 57; Sass, VersR 1988, 768 ff zur Zurechnung von Mitverschulden des Vertragsgläubigers zu Lasten des geschützten Dritten). **Der durch den Schutzpflichtigen schuldhaft geschädigte Dritte muß sich ein Mitverschulden des Vertragspartners seines Schädigers nach § 254 BGB auch dann entgegenhalten lassen, wenn dieser Vertragspartner nicht der gesetzliche Vertreter oder Erfüllungsgehilfe des Dritten i.S. von § 278 BGB ist.** Die den echten Vertrag zugunsten Dritter betreffende Bestimmung des § 334 BGB, wonach dem Versprechenden die Einwendungen aus dem Vertrag auch gegenüber dem Dritten zustehen, ist dispositives Recht. Diese Vorschrift kann – auch stillschweigend – abbedungen werden.

Den Steuerberatern war bekannt, daß die X.-GmbH in größerem Umfang Bankkredite in Anspruch nahm. Dies ergab sich einmal aus zur Vorbereitung der Jahresabschlüsse zur Verfügung gestellten Geschäftsunterlagen, aber auch aus dem Schriftverkehr, der teilweise unmittelbar zwischen der Klägerin und den Steuerberatern stattfand. **Die Steuerberater rechneten deshalb damit, daß die Jahresabschlüsse der Klägerin vorgelegt würden.**

Es entsprach dem offenkundigen Interesse der Kreditgeberin, daß ihr Vertrauen auf die Richtigkeit der Jahresabschlüsse gerade in den Fällen rechtlich geschützt werde, in denen der Steuerpflichtige die diesen Jahresabschlüssen zugrundeliegenden Warenwerte, die das entscheidende Kreditsicherungsmittel darstellten, in unredlicher Weise zu verschleiern suchte. Soll unter solchen Voraussetzungen ein Kreditgeber in den Schutzbereich des Steuerberatervertrages fallen, so liegt die Annahme nahe, daß das Vertrauen des Dritten in die Richtigkeit der Feststellungen des Steuerberaters auch dann geschützt werden solle, wenn die Unrichtigkeit durch den Auftraggeber mitveranlaßt worden ist, und zwar unabhängig davon, welche Auswirkungen diese Veranlassung auf die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber hat (vgl. BGH, WM 1995, 204 = NJW 1995, 392 = ZIP 1994, 1954, 1956 = JZ 1995, 306 m. krit. Anm. Medicus; MünchKomm/Gottwald, 3. Aufl., § 328 Rdn. 101).

Allerdings hat der BGH in der genannten Entscheidung darauf hingewiesen, **der Sachver-**

ständige könne in seinem Gutachten Informationen des Auftraggebers selbst dann berücksichtigen, wenn er deren Wahrheitsgehalt nicht nachprüfen könne. Er müsse dies dann im Gutachten kenntlich machen und gebe damit regelmäßig zu erkennen, daß er für die Richtigkeit der Angaben seines Auftraggebers nicht eintreten wolle. Unter diesen Umständen werde dem Sachverständigen auch kein unzumutbares Haftungsrisiko aufgebürdet (vgl. BGH, WM 1989, 375, 377 = NJW-RR 1989, 696 = GI 1989, 95).

Es kann dahinstehen, ob den Steuerberatern – wie in dem vom BGH entschiedenen Fall einem Architekten als Bausachverständigen – bewußt sein mußte, daß angesichts des besonderen Vertrauens, das in die Zuverlässigkeit und Sachkunde von Steuerberatern gesetzt wird, den in den Jahresabschlüssen getroffenen Feststellungen über die Angaben der X.-GmbH hinaus besonderes Gewicht zukam. Das könnte deshalb zweifelhaft sein, weil die Klägerin wußte, daß Jahresabschlüsse regelmäßig aufgrund der Angaben des Steuerpflichtigen erstellt und allenfalls auf ihre Plausibilität überprüft zu werden pflegen. Das gilt erst recht, wenn in den Jahresabschlüssen üblicherweise – auch im vorliegenden Falle – entsprechende Vermerke enthalten sind. Die für Gutachten öffentlich bestellter Sachverständiger entwickelten Rechtsgrundsätze zur Schutzwirkung zugunsten Dritter können deshalb nicht ohne weiteres übernommen werden. Denn der mit der Erstellung eines solchen Gutachtens beauftragte Sachverständige überprüft in der Regel die sog. Anknüpfungstatsachen (z.B. die Art der Baumängel, den Zustand eines Unfallfahrzeugs) selbst und legt nicht – wie der Steuerberater im Jahresabschluß – Mandantenangaben zugrunde.

b) Eine Haftung der Steuerberater aus der Verletzung eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten der Klägerin **scheidet aber schon deshalb aus, weil weder Schutzpflichten verletzt worden sind noch die Steuerberater ein Verschulden bei der Erstellung objektiv falscher Jahresabschlüsse trifft.**

aa) Der Senat folgt insoweit dem sehr ausführlichen und sachlich überzeugend begründeten Steuerfachgutachten des Wirtschaftsprüfers und

Steuerberaters F. Dieser Sachverständige verfügt über eine große einschlägige Berufspraxis, wird zu Berufsprüfungen herangezogen und ist seit Jahrzehnten als verlässlicher Gerichtssachverständiger tätig. Er hat im vorliegenden Fall seine schriftlichen Ausführungen mündlich mit Überzeugungskraft bestätigt. In diesem Zusammenhang hat er sich auch mit der vom Privatgutachter L. für die Klägerin gefertigten gutachterlichen Stellungnahme vom 29.6.1988 befaßt. Insbesondere hat er die vom Privatgutachter genannten „aufklärungsbedürftigen Auffälligkeiten“, auf die auch die Klägerin in ihrem Sachvortrag abgestellt hat, einer kritischen Würdigung unterzogen, die den Senat in allen Punkten überzeugt hat.

Die von der Klägerin gegen den Sachverständigen und dessen fachliche Beurteilung des vorliegenden Falles erhobenen Einwände sind teils nicht entscheidungserheblich, teils sachlich unzutreffend. Der Senat sieht keinen Anlaß, ein weiteres Gutachten einzuholen, da die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen. Denn weder handelt es sich um besonders schwierige steuerliche Fragen noch sind grobe Mängel des bereits eingeholten Gutachtens ersichtlich. Der Senat kann sich mit Hilfe des schriftlichen Gutachtens und aufgrund der mündlichen Erörterung des Gerichtssachverständigen im Senatstermin, in dem vor allem die von der Klägerin erhobenen Einwände eingehend behandelt worden sind, selbst seine Überzeugung bilden. Es besteht kein Grund, das Gutachten in den entscheidungserheblichen Punkten in Zweifel zu ziehen.

bb) Die Steuerberater der X.-GmbH hatten den Auftrag, deren Jahresabschlüsse zu erstellen. Diese enthielten sämtlich die Einschränkung, daß ein Auftrag zu einer materiell-rechtlichen Prüfung nicht bestanden habe und daß die Verantwortlichkeit gegenüber Dritten eingeschränkt sei. Die Inventur behielt sich die Mandantin vor. Die Ausführungen in den einzelnen Abschlußmappen enthalten Berichte über die durchgeführten Arbeiten und die Verfahrensweise bei Erarbeitung des Abschlusses. **Verbindliche Bestätigungsvermerke, etwa des Inhalts, daß die Jahresabschlüsse, insbesondere die ihnen zugrundeliegenden Unterlagen (z.B. betreffend das Warenlager und die Inventur)**

geprüft und als sachlich zutreffend befunden worden seien, lagen nicht vor.

Die Anmerkung des Steuerberaters U. im Geschäftsbericht für das Jahr 1983, daß nach seiner „pflichtgemäßen Prüfung die Buchführung für das Geschäftsjahr 1983 kaufmännischen und steuerlichen Grundsätzen“ entspreche, bezog sich nicht auf den Jahresabschluß. Generell konnten die Steuerberater die Richtigkeit der Bestände schon deshalb nicht bestätigen, weil sie (auch die Beklagte zu 1) trotz des Hinweises auf die eingeschränkte Prüfung u.a. der Wertansätze) **in ihren Berichten jeweils vermerkt hatten, daß die Inventur nicht geprüft worden sei und eine materiell-rechtliche Prüfung nicht stattgefunden habe.** Die Anbringung der genannten Vermerke war nicht pflichtwidrig, jedenfalls nicht leichtfertig. Sie war im Gegenteil, wie sich aus den von der Klägerin mit Schriftsatz vom 8.3.1995 übergebenen „Hinweisen der Bundessteuerberaterkammer“ ergibt, sogar üblich (vgl. auch BGH, WM 1989, 375 = NJW-RR 1989, 696 = GI 1989, 95).

Die Steuerberater brauchten nicht von sich aus zu überprüfen, ob die Warenvorräte mit dem richtigen Bewertungsmaßstab angesetzt waren. Nach den steuerlichen Gegebenheiten stand dem Steuerpflichtigen ein relativ großer Beurteilungsspielraum zur Verfügung. Deshalb bestand allenfalls bei einer greifbaren Falschbewertung Anlaß, ohne entsprechenden Auftrag (und auf eigene Kosten) entsprechende Nachforschungen anzustellen (vgl. BGH, WM 1995, 721 = NJW 1995, 958). Eine solche lag, wie noch auszuführen sein wird, nicht vor.

Der BGH (WM 1989, 375 = NJW-RR 1989, 696 = GI 1989, 95) hat bei Erteilung eines Testats eine Haftung des Steuerberaters bei entsprechend einschränkenden Vermerken verneint und hierzu ausgeführt: „Bei Steuerberatern wird vielfach der Inhalt des von ihnen gegebenen Testats, auf dessen Wortlaut in den beteiligten Wirtschaftskreisen genau geachtet zu werden pflegt, Aufschluß geben. Diese Testate haben den Zweck, dem Auftraggeber und Dritten den Inhalt, den Umfang und das Ergebnis der Prüfung durch den Steuerberater aufzuzeigen. Nur soweit der Steuerberater nach dem Wortlaut des Testats die Verantwortung für die Richtigkeit der testierten Aufstellung übernimmt, reicht seine

Haftung... Da die in den Jahresabschlüssen enthaltenen Zahlen ausschließlich auf den Auftraggeber zurückgingen, ohne daß der (Steuerberater) ihre Richtigkeit zu überprüfen hatte, kam auch eine Haftung für ihre Richtigkeit von vorneherein nicht in Frage..."

Soweit die Klägerin in diesem Zusammenhang die Verwendung von **Rundstempeln** durch die Steuerberater beanstandet, greifen ihre Bedenken nicht durch. Nach den von ihr selbst vorgelegten berufsrechtlichen Unterlagen (hier: Hinweise der Bundessteuerberaterkammer zur „Verwendung von Rundstempeln durch Steuerberater..." vom 13./14.6.1977 wird unter III die Verwendung von Rundstempeln bei „Abschlußvermerken und Prüfungsvermerken, anderen Bescheinigungen oder Bestätigungen" ausdrücklich empfohlen. Inwieweit Hinweise und Empfehlungen der Bundessteuerberaterkammer zur Verwendung von Rundstempeln überhaupt in den allgemeinen Rechtsverkehr hineinwirken können, kann deshalb dahinstehen.

Beim Erstellen von Jahresabschlüssen kommen „Vermerke" und „Bescheinigungen" in Betracht. Nach I.4 der Hinweise der Bundessteuerberaterkammer vom 21./22.2.1992 zu „Abschlußvermerke und Prüfungsvermerke von Steuerberatern..." richtet sich der Umfang der Tätigkeit des Steuerberaters nach dem ihm erteilten Auftrag; danach bestimmt sich auch, ob ein Abschluß- oder Prüfungsvermerk oder ob nur eine Bescheinigung erteilt werden kann. Im vorliegenden Fall hatten die Steuerberater nur einen beschränkten Auftrag (vgl. die ausdrücklichen Hinweise in den Jahresabschlüssen und die Aussage des Zeugen K). In den Jahresabschlüssen hatten sie zulässigerweise angemerkt, die Inventarserie seien ungeprüft übernommen worden oder es habe nur eine eingeschränkte Prüfung stattgefunden. Nach den Begriffsdefinitionen in den genannten Hinweisen der Bundessteuerberaterkammer handelte es sich insoweit um sog. Abschlußbescheinigungen, nicht um **Abschlußvermerke**.

Bei letzteren wäre Voraussetzung, daß der Steuerberater sich seine Überzeugung nach den Grundsätzen gebildet hätte, wie sie hinsichtlich Art und Umfang der durchzuführenden Prüfungshandlungen bei einer handels-

rechtlichen Pflichtprüfung gelten. Wenn die Vorräte des Unternehmens absolut oder relativ von Bedeutung sind, erfordert der Abschlußvermerk grundsätzlich, daß der Steuerberater die Inventur beobachtet und Saldenbestatigungen eingeholt hat. Da an die Erteilung eines Abschlußvermerks hohe Anforderungen gestellt werden, die auch mit einem erhöhten Arbeitsaufwand und deshalb mit höheren Kosten verbunden sind, ist bei der erstellenden Tätigkeit die Erteilung eines Abschlußvermerks nicht die Regel (vgl. *Erläuterungen der Bundessteuerberaterkammer vom 23./24.3.1992 zu den genannten Hinweisen, a.a.O.*).

Die Steuerberater der X.-GmbH haben lediglich Abschlußbescheinigungen ohne oder aufgrund eingeschränkter Prüfung erteilt und dabei im wesentlichen die in den genannten Hinweisen (III Buchst. B) empfohlenen Formulierungen verwendet. Daß die jeweiligen Schlußbemerkungen nicht ausdrücklich als „Abschlußbescheinigungen" im Sinne der beruflichen Empfehlungen bezeichnet waren, ist unschädlich. Jedenfalls war es korrekt, in den Jahresabschlüssen Rundstempel zu verwenden und dadurch auch in der äußeren Form das Gewicht der betreffenden Erklärungen zum Ausdruck zu bringen. Wegen der genannten Einschränkungen im Text der Jahresabschlüsse wurde nicht der den Steuerberatern zurechenbare Rechtsschein einer besonderen, über eine Abschlußbescheinigung hinausgehenden Bedeutung gesetzt. **Eine Irreführung der Klägerin, deren Sachbearbeiter ohnehin aufgrund ihrer Kreditgeschäfte einschlägige Erfahrungen besaßen fand nicht statt.**

cc) Nach den überzeugenden Feststellungen des Sachverständigen haben die Steuerberater auch nicht ihre Berufspflicht unter Mißachtung der Schutzinteressen betroffener Dritter dadurch verletzt, daß sie Jahresabschlüsse ausgefertigt haben, deren Zahlen und Ergebnisse sich als unglaublich aufdrängten.

(1) Es mag zutreffen, was die Klägerin vortragen läßt, daß ein langjährig für einen Mandanten tätiger Steuerberater über begrenzte Aufträge hinaus weitergehende Sorgfaltspflichten als Informationsbeschaffer, Krisenwarner und Betreuer hat. Auch ein solcher **Steuerberater muß aber**

nicht gegen den Willen seines Mandanten oder über den Auftrag hinaus eigenständig Ermittlungen anstellen. Gerade bei langjähriger Betreuung **darf sich der Steuerberater darauf verlassen, daß ihm mitgeteilte Zahlen über die Warenvorräte zutreffen, und braucht nicht zu argwöhnen, sie könnten bewußt manipuliert worden sein.** In groben Zügen durchgeführte Plausibilitätskontrollen reichen auch und gerade in diesem Zusammenhang aus.

Da die Steuerberater der X.-GmbH unbestritten keinen besonderen Auftrag zur Überprüfung der Inventur hatten, oblag ihnen dies deshalb auch nicht im Rahmen einer langjährigen Geschäftsbeziehung. **Sie durften sich auf eine Formalprüfung, jedenfalls auf die rechnerische Überprüfung der vorgegebenen Zahlen mit – den erwähnten Plausibilitätskontrollen beschränken.** Da die eingeschränkte Prüfung von Jahresabschlüssen des Auftraggebers nicht ungewöhnlich, sondern – auch und gerade in einer laufenden Geschäftsbeziehung – ein Normalfall ist, und weil entsprechende Abschlußvermerke- und Bescheinigungen ausdrücklich empfohlen werden (vgl. Hinweise der Bundessteuerberaterkammer und zitierte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs), war der Auftragsumfang für die Steuerberater der X.-GmbH kein auffälliger Umstand, der zu besonderen Nachforschungen hätte Anlaß geben müssen. **Dies gilt auch dann, wenn im vorliegenden Fall der Jahresabschluß eines Filialunternehmens zu prüfen war, dessen Warenbestand den überwiegenden Teil des aktiven Betriebsvermögens ausmachte.**

(2) Aus einem Vergleich der von dem Geschäftsführer K. manipulierten mit den korrigierten Bewertungszahlen für das Warenlager ergibt sich, daß sich die Abweichungen in den Jahren 1983 und 1984 noch in einem Rahmen bewegten, bei den sich auch einem gewissenhaften Steuerberater (hier: dem Rechtsvorgänger der Beklagten zu 2) die Falschbewertungen nicht aufdrängen mußten. Allenfalls für die Geschäftsjahre 1985 und 1986 (Jahresabschlüsse der Beklagten zu 1) mag wegen der krassen Abweichungen ein kritischer Punkt erreicht gewesen sein.

Bei der überschlägigen Prüfung der Umsätze und des Warenlagers konnten die Steuerbera-

ter der X.-GmbH, wie der Sachverständige unter eingehender Berücksichtigung der konkreten Einzelfallverhältnisse nachvollziehbar ausgeführt hat, Rohaufschlagsätze (Rohgewinn in Vomhundertsätzen vom Umsatz oder Rohaufschlag in Vomhundertsätzen vom Wareneinsatz) heranziehen. Ihnen standen dabei Tabellen der Finanzverwaltungen für die meisten Einzelbranchen als Erfahrungssätze zur Verfügung; zur Berechnung im einzelnen bestand keine Verpflichtung.

Allerdings beruhen diese amtlich anerkannten Rohaufschlagsätze auf Schätzungen vor allem für kleinere Betriebe mit entsprechend geringerem Wareneinsatz. Im vorliegenden Fall war die Schätzung dadurch erschwert, daß es sich bei der X.-GmbH um ein größeres Unternehmen mit neu errichteten Filialen an unterschiedlichen Standorten handelte, das ein breites und sehr unterschiedliches Warensortiment (mit zum Teil saisonalen Schwankungen beim Verkauf z.B. von Reifen, Fahrrädern, Sport- und Campingartikeln) sowie einen Handel mit Serviceleistungen unterhielt. Wegen der für das unübliche Sortiment fehlenden Vergleichssätze hätten sich zwar die Steuerberater mit ihrer Mandantin in Verbindung setzen müsse. Ob dies pflichtwidrig unterblieben ist, läßt sich jedoch mangels entsprechender Aktenvermerke nicht feststellen, so daß die beweispflichtige Klägerin hieraus keine den Beklagten nachteiligen Schlüsse ziehen kann.

Entgegen der Auffassung der Klägerin ist die Größenordnung eines Warenlagers für sich genommen auch dann nicht aussagekräftig, wenn letzterem, wie bei der X.-GmbH, im Rahmen der Bilanz ein besonderes Gewicht zukam. Daß – von der Klägerin als besonders auffällig bezeichnet – dem hohen Warenvorratsbestand kein entsprechend höherer Warenumsatz gegenüberstand und der Warenumsatz ungünstig war, ließ sich zumindest teilweise und für einen bestimmten Zeitraum dadurch erklären, daß bei Filialneugründungen über die umsatzstarke Einführungszeit hinaus erfahrungsgemäß längere, auch jahrelange Anlaufphasen einzukalkulieren waren, in der sich Standort und Verkaufskonzept zu bewähren hatten.

Im übrigen weisen amtliche Richtsatztabellen eine erhebliche Schwankungsbreite auf (z.B.

Rohaufschläge im Jahre 1990 für Fahrräder 30 bis 61, für Kfz-Zubehör-Handel 30 bis 72 und für Sport- und Campingartikel von 35 bis 67 v.H.). Die für die Beurteilung des Warenlagers der X.-GmbH maßgeblichen Rohaufschlagsätze hatten sich in den letzten Jahren vor 1990 nicht wesentlich verändert, konnten deshalb auch im vorliegenden Fall verwendet werden. Relativ geringe Korrekturen der Aufschlagsätze nach oben waren, wie der Sachverständige nachvollziehbar ausgeführt hat, vertretbar.

Ein Anlaß zu einer besonderen Überprüfung bestand entgegen der Auffassung der Klägerin nicht, da die mitgeteilten Zahlen zwar teilweise deutlich aus dem Rahmen fielen, aber jedenfalls unter den besonderen Umständen des vorliegenden Falles nicht zu begründeten Zweifeln Anlaß gaben. Den Steuerberatern der X.-GmbH mußte viel mehr im Rahmen der ohnehin nur groben Plausibilitätskontrolle ein relativ großzügiger Beurteilungsspielraum zugestanden werden.

Der Sachverständige ist unter Verwendung von Verprobungszahlen zu dem nachvollziehbaren Ergebnis gelangt, daß die Schwankungen in den Jahren 1982 bis 1986 sich in einem Bereich bewegt hatten, der ohne genaue Kenntnis des Sortiments und ohne genaue Verprobung der einzelnen Güter und des jeweils maßgeblichen Rohaufschlags noch plausibel erschien. **Die Rohgewinne hatten sich (als Zahlen in absoluter Größenordnung) etwa im Verhältnis zum Umsatz entwickelt und waren nicht unglaublich.** Unter diesen Umständen war den Steuerberatern der X.-GmbH nicht bekannt und hat sich ihnen auch nicht aufgedrängt, daß die Buchhaltung der X.-GmbH schwerwiegende Mängel aufgewiesen habe und daß insbesondere die mitgeteilten **Zahlen zu den Warenvorräten unzutreffend (hier: nach oben korrigiert)** gewesen seien.

dd) Pflichtwidrigkeiten der Steuerberater ergeben sich ferner nicht im Zusammenhang mit der „Vorläufigen Ergebnismitteilung“ vom 3.8.1984; da die Warenstandsbewegungen nicht berücksichtigt würden. Der Hinweis auf eine „eher“ noch günstigere Entwicklung wegen zu erwartender umsatzstarker Monate ist erkennbar allgemein gehalten und nicht auf eine konkrete Betriebsentwicklung bezogen. Erst recht gilt dies

für das Schreiben der Beklagten zu 1) vom 10.3.1987 „im Auftrag von Herrn K.“. Sie teilt mit, sie habe ein „vorläufiges Ergebnis errechnet“, wobei die Inventur noch nicht bewertet sei und die endgültige Bilanz noch vorgelegt werde.

Unter diesen Umständen sind die Grundsätze, die der BGH (WM 1987, 257 = NJW 1987, 1758 = ZIP 1987, 376 = DB 1987, 828 = GI 1987, 27) zur Haftung des Steuerberaters gegenüber einem Kreditgeber für das Testat einer unrichtigen Zwischenbilanz aufgestellt hat, nicht einschlägig. **Denn in den genannten Schreiben sind keine Feststellungen enthalten, aus denen die Klägerin hätte entnehmen können, daß die Steuerberater die für ein Testat erforderliche Überprüfung der Bilanzansätze für die Warenbestände vorgenommen hätten.**

Die Klägerin kann unter diesen Umständen nicht beweisen, daß die Steuerberater während der streitgegenständlichen Zeiträume Kenntnis von Täuschungshandlungen und von der betrügerischen Geschäftspolitik der für die X.-GmbH handelnden Personen hatten oder haben mußten.

ee) Soweit von der Staatsanwaltschaft Augsburg (Az 509 Js 20389/88) gegen die Steuerberater U. und L. wegen des Verdachts der Beihilfe oder Mittäterschaft zu den vom Geschäftsführer K. der X.-GmbH begangenen Bilanzfälschungen ermittelt worden ist, ist das Verfahren nach Durchführung umfangreicher Beweiserhebungen gemäß § 170 Abs. 2 StPO am 5.9.1989 eingestellt worden. In einem Bericht vom 25.7.1989 heißt es u.a., es sei ungeklärt geblieben, welche Unterlagen der Steuerkanzlei zur Verfügung gestanden, insbesondere auch, ob sich darunter die betriebswirtschaftlichen Auswertungen und konkreten Zahlenwerte des sog. BIS-Programms befunden hätten. Darüber hinaus sei es zweifelhaft, so der Vermerk, ob die Steuerberater verpflichtet gewesen seien, ggf. widersprüchliche Zahlenwerte bezüglich des Wareneinsatzes laut BIS-Programm und nach den erstellten Gewinn- und Verlustrechnungen kritisch zu überprüfen, zumal ein konkreter Auftrag zu einer materiell-rechtlichen Prüfung, insbesondere der von der Firma vorgegebenen Inventurwerte, nicht bestanden habe.

Das von der Staatsanwaltschaft Augsburg im Ermittlungsverfahren gegen die Eheleute K.

angehörte Vorstandsmitglied der Klägerin, der Bankdirektor K., hat sich zwar über ein den Steuerberater U. (Rechtsvorgänger der Beklagten zu 2) belastendes Gespräch mit dem Geschäftsführer der X.-GmbH geäußert. Danach habe dieser ihm erklärt, der Steuerberater U. habe ihm im Jahre 1983 empfohlen, den Warenbestand etwas höher zu bewerten, damit die Verluste aus der Bilanz verschwinden. Dabei habe er, der Geschäftsführer K. der X.-GmbH, gelernt, wie man Verluste im Bedarfsfalle aus der Bilanz entfernen könne.

Der Beschuldigte K. hat aber bei seiner polizeilichen Vernehmung am 6.7.1989 unter Vorhalt einer diesbezüglichen Äußerung des Bankdirektors K. nachdrücklich bestritten, vom Steuerberater U. einen solchen Hinweis erhalten zu haben. Dieser habe zwar gemeint, „die Verluste müßten verschwinden“; dies sei aber nicht als Empfehlung einer Bilanzkorrektur gedacht gewesen.

Da bei unbefangener Würdigung einer solchen Äußerung nicht ohne weiteres, insbesondere nicht ohne die vom Bankdirektor K. erwähnte Empfehlung angenommen werden kann, der Steuerberater habe seinen Mandanten zu einem ggf. strafrechtlich relevanten Verhalten bestimmen wollen, verbleiben zumindest Zweifel an der Darstellung eines Zeugen vom Hörensagen, die sich zu Lasten der beweispflichtigen Klägerin auswirken.

ff) Auch im Rahmen der vom Senat durchgeführten Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmung haben sich für Pflichtwidrigkeiten der Steuerberater keinerlei beweiskräftige Anhaltspunkte ergeben. Der Zeuge K. hat ausgesagt, die Bewertung der Waren sei handelsüblich in der Weise erfolgt, daß schon beim Einkauf der Verkaufspreis kalkuliert und dieser in den Warenbestand übernommen worden sei. Bei der Buchung seien jeweils die Einkaufspreise mit notiert worden, zu deren Ermittlung er, der Zeuge, die für die betreffende Warengattung maßgebliche Handelsspanne von den Verkaufspreisen abgezogen habe. Wegen Geschäftsverlusten und nach Hinweisen des Bankdirektors K., daß endlich Gewinne ausgewiesen werden müßten, habe er etwa ab 1983 die Handelsspanne verringert und damit die Einkaufspreise höher angesetzt.

Die Steuerberater hätten die für die Bilanz notwendigen Zahlen jeweils übernommen, ohne Kenntnis von den falschen Wertansätzen gehabt zu haben. Sie hätten nur eine Übersicht über die einzelnen Warengruppen und den jeweiligen Wertansatz, nicht jedoch eine Liste über die körperliche Inventur erhalten. Die übrigen Unterlagen seien den Steuerberatern über das DATEV-System zugänglich gewesen oder zugegangen. Bei den vor Erstellung der Bilanzen jeweils geführten Gesprächen sei nur die finanzielle Lage erörtert, nicht aber die Inventurwerte besprochen worden, zumal insoweit ein Prüfungsauftrag niemals bestanden habe.

Der Zeuge K. hat entschieden in Abrede gestellt, die Steuerberater auf die falschen Wertangaben im Warenlager hingewiesen zu haben; er habe von den Steuerberatern auch keine entsprechenden Vorhalte bekommen. Glaublich im dritten Geschäftsjahr habe der Steuerberater U. zwar einmal darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen alte Lagerbestände im Wert herabgesetzt werden dürften. Zu einer Zeit, als die Gewinne hoch gewesen seien, sei davon die Rede gewesen, die Bewertung des Warenlagers sei Geschäftsführerangelegenheit. Er, der Zeuge, habe aber nie die Empfehlung bekommen, die Wertangaben nicht richtig festzusetzen, um das Bilanzergebnis zu fälschen. Vielmehr sei er selbst auf den Gedanken gekommen, daß man es so machen könne, um eine bessere Bilanz zu erzielen.

Zur Erstellung der Zwischenberichte für die Klägerin sei jeweils der aufgrund falscher Zahlen unzutreffend fortgeschriebene Warenbestand aus der Inventur des Vorjahres mit möglicherweise teilweise auch nachträglich geänderten Zahlen übernommen worden.

gg) **Die Steuerberater waren**, wie der Sachverständige nachvollziehbar ausgeführt hat, **nicht verpflichtet, sich die BIS-Unterlagen zu beschaffen** oder, falls ihnen diese Unterlagen vorgelegen haben sollten (so die Behauptung der Klägerin), sie bei der Erstellung der streitgegenständlichen Jahresabschlüsse zu berücksichtigen.

Da dieses System von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Eingaben sowie – parallel zur

Finanzbuchhaltung – von laufenden Kontrollen und Korrekturen abhängig ist, hätten diese Unterlagen allenfalls zweifelhafte Anhaltspunkte für den wahren Wert des Warenlagers bieten können. In einem von der Klägerin mit Schriftsatz vom 24.9.1993 selbst vorgelegten Schreiben der A. vom 10.1.1990 teilte die Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater mit, vor den Bilanzbesprechungen sei jeweils davon die Rede gewesen, wie ungenau die Auswertungen des BIS-Programms seien, weil die Mitarbeiter Zu- und Abschreibungen, insbesondere bei Verlagerung der Waren zwischen den verschiedenen Niederlassungen, nicht exakt genug vornähmen; abgesehen davon sei es üblich, maschinell erstellte Inventurlisten zu korrigieren. Insoweit sind auch die Feststellung des Privatgutachters L. und die entsprechende Behauptung der Klägerin unzutreffend, die Steuerberater hätten eine Überprüfung des übermittelten Zahlenmaterials pflichtwidrig unterlassen.

Der als Partei vernommene Geschäftsführer L. der Beklagten zu 1) hat zwar ausgesagt, aus dem in der Steuerkanzlei nicht eingeführten BIS-Programm seien im Büro U. monatlich Abdrucke mit betriebswirtschaftlichen Auswertungen angekommen. Diese seien aber für die steuerliche Bewertung bedeutungslos gewesen, deshalb unbeachtet geblieben und unausgewertet abgelegt worden.

Im Rahmen des streitgegenständlichen Auftrags zur Erstellung der Jahresabschlüsse bestand jedenfalls keine Verpflichtung, Daten aus dem BIS-Programm zu beschaffen und bei der Erstellung der Jahresabschlüsse ggf. in die Prüfung einzubeziehen, zumal dies mangels entsprechenden Auftrags hätte auf eigene Kosten geschehen müssen. Hierzu hätte, wenn überhaupt, allenfalls im Rahmen der erwähnten Plausibilitätskontrolle Anlaß gegeben sein können. Dies allerdings auch nur dann, wenn sich in diesem Zusammenhang schwerwiegende Verdachtsgründe für Manipulationen der Mandantin ergeben hätten. Lediglich in einem solchen Fall, daß sich aus den vorgelegten Unterlagen Zweifel an deren Richtigkeit und Vollständigkeit geradezu aufdrängen mußten, mag Anlaß zu Rückfragen und Kontrollen der Steuerberater bestanden haben. Ein solcher Anlaß lag nicht vor.

hh) Für die beantragte **Parteieinvernahme** des Vorstandsmitglieds K. der Klägerin **nach § 448 ZPO fehlen die gesetzlichen Voraussetzungen**. Denn nach der vom Senat durchgeführten Beweisaufnahme ist angesichts der Aussage des Zeugen K. nicht einmal einiger Beweis für die Behauptung der Klägerin erbracht, die Steuerberater, insbesondere der Rechtsvorgänger der Beklagten zu 2), hätten im Zusammenhang mit der Erstellung der einschlägigen Jahresabschlüsse pflichtwidrig gehandelt, und den Zeugen K. zu Bilanzmanipulationen angestiftet oder ihn dabei unterstützt. Unter diesen Umständen verspricht sich der Senat von einer Vernehmung des Bankdirektors K., der ohnehin nur Beweisperson vom Hörensagen wäre, keine Überzeugungswirkung.

Schließlich fehlt es, um eine vertragliche oder vertragsähnliche Haftung der Steuerberater zu begründen, auch an den tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen, unter denen ein Vertreter aus Verschulden selbst einzustehen hat. Dies käme nur dann in Betracht, wenn die Steuerberater gegenüber der Klägerin als Vertreter der X.-GmbH aufgetreten wären und sie entweder ein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Kreditgewährung für die X.-GmbH gehabt oder wenn sie der Klägerin gegenüber für sich persönlich besonderes Vertrauen in Anspruch genommen und damit die Kreditvergabe beeinflußt hätten (vgl. BGH, WM 1988, 1535 = NJW 1989, 293 = GI 1989, 3).

Daß die Steuerberater über die für ihre Tätigkeit erforderliche **Sachkunde** verfügten, **reicht für die Inanspruchnahme eines besonderen persönlichen Vertrauens nicht aus**. Erforderlich wäre vielmehr, daß sie der Klägerin als der Kreditgeberin der X.-GmbH den Eindruck vermittelt hätten, sie würden persönlich mit ihrer Sachkunde neben der X.-GmbH die ordnungsgemäße Abwicklung der Kreditgeschäfte gewährleisten. Davon kann im vorliegenden Fall keine Rede sein.

4. Die Beklagten sind auch nicht aus dem Gesichtspunkt einer **vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung der Klägerin nach § 826 BGB** zum Schadenersatz verpflichtet.

Zwar kann ein leichtfertiges oder gewissenloses Verhalten einen Sittenverstoß begründen. Ein

sittenwidriges Verhalten des Steuerberaters U. und der für die Beklagte zu 1) handelnden Personen wäre schon dann gegeben, wenn sie „ins Blaue hinein“ Behauptungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens aufgestellt oder wenn sie den Anschein erweckt hätten, die von ihnen mitgeteilten Zahlen selbst überprüft zu haben (vgl. BGH, WM 1992, 1031 = NJW 1992, 2083; NJW 1986, 180 = WM 1985, 1531). Ein solches Verhalten ist ihnen aber aus den genannten Gründen nicht anzulasten.

Die Steuerberater haben insbesondere nicht den Eindruck hervorgerufen, daß ihre Angaben auf von ihnen selbst geprüften Zahlen beruhten. Sie haben vielmehr offengelegt, daß sie diese Zahlen lediglich von der X.-GmbH übernommen hätten. Die Steuerberater haben auch nicht bewußt und gewollt an der Verletzung von Pflichten der X.-GmbH aus dem Kreditvertrag mit der Klägerin mitgewirkt (vgl. BGH, WM 1993, 2205 = MDR 1994, 1094).

5. Da den Steuerberatern aus den genannten Gründen weder eine vertragliche oder vertragsähnliche noch eine deliktische Pflichtverletzung nachgewiesen werden kann, unterbleiben Ausführungen zu den weiteren Punkten Verantwortlichkeit der Beklagten zu 1) für Pflichtwidrigkeiten des Rechtsvorgängers der Beklagten zu 2) („Einbringung des Mandats“), Ursächlichkeit, Schaden, Verjährung und Mitverantwortung der Klägerin.

Untreue des Rechtsanwalts

- Vermögensinteressen
- Betreuungspflichten
- „Faktische Herrschaft“
(BGH, Beschl. v. 7. 11. 1996 – 4 StR 423/96
– wistra 1997, 101)

Leitsatz:

Im Einzelfall kann eine „faktische Herrschaft“ über Vermögensinteressen Betreuungspflichten begründen, die durch § 266 StGB geschützt sind.

Aus den Gründen:

Das Landgericht hat den Angeklagten wegen Untreue zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. – Die Revision des Angeklagten, mit der er die Verletzung materiellen Rechts rügt, führt zur Aufhebung des Urteils.

1. Das Landgericht hat folgende Feststellungen getroffen: Der Angeklagte – von Beruf Rechtsanwalt – wurde im Sommer 1988 von Frau R., deren Interessen er bereits in mehreren Rechtsstreitigkeiten vertreten hatte, mit der Ausarbeitung einer Altenteilsregelung für den damals 84jährigen Gärtner B. beauftragt. Dieser war alleinstehend und vermögend; in „juristischen und finanziell schwierigen Dingen“ war er „unkundig“. Er hatte sich an Frau R. mit der Bitte gewandt, seine Altersversorgung zu übernehmen; hierfür wollte er ihr sein Vermögen übertragen. Frau R. unterzeichnete eine auf den Angeklagten ausgestellte Prozeßvollmacht „in Sachen B. wegen Hofübertragung pp.“ und „brachte ... den Zeugen B. mit dem Angeklagten zusammen“.

Nach einer Besprechung über den Inhalt einer möglichen vertraglichen Regelung ließ sich der Angeklagte am 12.9.1988 von B. eine „Erklärung“ mit folgendem Wortlaut unterzeichnen: „Ich, ... B. ... bin belehrt worden, daß Herr RA. V. in meiner Hofübertragungssache von Frau R. beauftragt wurde, die rechtliche Durchführung vorzubereiten. Ich wurde weiter darüber belehrt, daß Herr V. nicht auf beiden Seiten, sondern nur für Frau R. tätig sein kann. Obwohl ich also in dieser Sache nicht Mandant von Herrn V. bin, verpflichte ich mich, die Kosten der Beratung, die hierdurch der Frau R. entstehen werden, Herrn V. zu erstatten.“

In der Folgezeit erstellte der Angeklagte den Entwurf eines notariellen Vertrages, nach dem das gesamte Vermögen des B. sogleich auf Frau R. übergehen sollte, die sich als Gegenleistung hierfür im wesentlichen lediglich verpflichtete, ihn unentgeltlich zu versorgen. Dingliche Sicherungen für B. waren bis auf die geplante Eintragung eines Wohnrechts nicht vorgesehen. Nach einer in Absprache mit Frau R. vom Angeklagten veranlaßten, B. noch weiter benachteiligenden „Überarbeitung“ des Vertrages durch

den Notar, der die Beurkundung vornehmen sollte, fand am 29.9.1988 eine einstündige Besprechung zwischen dem Angeklagten und B. statt, bei der der Vertrag erörtert wurde. Änderungen wurden nicht mehr vorgenommen. Die notarielle Beurkundung des Vertrages erfolgte am 30.9.1988.

Dem Angeklagten war klar, daß der – „als Wuchergeschäft“ nichtige – Vertrag für B. „kraß nachteilhaft“ war. Er hatte den Abschluß des Vertrages „veranlaßt und betrieben“, weil er „finanziell angeschlagen“ war und glaubte, seine eigene finanzielle Lage „im Zuge der Vermögensübertragung B./R. verbessern zu können“. Am 23.11.1988 ließ er sich von B. eine Generalvollmacht erteilen, mit der er „die beweglichen Vermögenswerte, auf die sich der Übertragungsvertrag vom 30.9.1988 bezog, nach und nach (einzog)“. Er verwendete sie zum großen Teil für „eigene, nicht geklärte Zwecke“.

2. Die – nach entsprechender Beschränkung des Verfahrensgegenstandes – vom Landgericht vorgenommene Würdigung, spätestens durch die „Rechtsberatung“ vom 29.9.1988 sei zwischen dem Angeklagten und B. ein „anwaltschaftliches Mandantschaftsverhältnis“ mit einer Vermögensbetreuungspflicht des Angeklagten begründet worden, die dieser dadurch verletzt habe, „daß er den den Belangen des Zeugen B. in keiner Weise gerecht werdenden Vertrag vom 30.9.1988 im wesentlichen entworfen, gebilligt und dessen Abschluß und Beurkundung ... mit veranlaßt (habe)“, hält rechtlicher Überprüfung nicht stand. Das entspricht auch der Auffassung des Generalbundesanwalts.

Zutreffend wendet die Revision ein, daß die getroffenen tatsächlichen Feststellungen die Annahme eines anwaltschaftlichen Mandatsverhältnisses zwischen dem Beschwerdeführer und B. in der Zeit bis zum Abschluß des notariellen Vertrages vom 30.9.1988 sowie eine daraus resultierende Vermögensfürsorgepflicht nicht zu tragen vermögen (vgl. hierzu *Borgmann/Haug, Anwaltshaftung* 3. Aufl. [1995], S. 55 ff). Ein Mandatsverhältnis bestand zu dieser Zeit vielmehr – was sich namentlich aus der „Erklärung“ vom 12.9.1988 ergibt, nach der der Angeklagte nur für Frau R. tätig war – allein zwischen dem Angeklagten und Frau R. Eine dem Angeklag-

ten obliegende Vermögensbetreuungspflicht gegenüber B. aufgrund eines vor dem 30.9.1988 zwischen beiden begründeten Vertragsverhältnisses scheidet daher aus. Damit entfällt die Grundlage für die Verurteilung wegen Untreue. Das Urteil kann daher keinen Bestand haben.

3. Für die neue Hauptversammlung weist der Senat auf folgendes hin: Die nunmehr erkennende Strafkammer wird zu prüfen haben, ob der Angeklagte bei dem Abschluß des Vertrages vom 30.9.1988 und dessen Abwicklung – soweit hierbei nicht durch Rechtsgeschäft begründete Vermögensfürsorgepflichten in Betracht kommen – **aufgrund einer „faktischen Herrschaft“ über die Vermögensinteressen des B. Betreuungspflichten hatte, die durch § 266 StGB geschützt sind** (vgl. BGH, NJW 1984, 800; BGHR-StGB, § 266 Abs. 1 – Vermögensbetreuungspflicht 13; BGH, Beschl. v. 26.6.1991 – 2 StR 24/91; Hübner, in: LG-StGB 10. Aufl., § 266 Rdn. 75 ff).

Hierzu ist eine Gesamtwürdigung aller Umstände erforderlich. **Das Einverständnis des Geschädigten mit vom Angeklagten treuwidrig veranlaßten Vermögensschädigungen schließt den Untreuetatbestand nicht aus, wenn der Angeklagte die Unerfahrenheit des Tatopfers zu den Schädigungen ausgenutzt hätte** (vgl. RGSt 1938, 363, 366/367; BGH, Urf. v. 6.6.1961 – 1 StR 92/61; v. 27.11.1962 – 1 StR 381/62; Hübner, a.a.O., Rdn. 87). Ein möglicherweise strafrechtlich relevantes **Verhalten des Notars** (vgl. BGHR-StGB, § 266 Abs. 1 – Vermögensbetreuungspflicht 15) berührte die Strafbarkeit des Angeklagten nicht (vgl. BGH, NJW 1990, 2282, 2284).

Der Einbeziehung ausgeschiedener Tatteile stehen – entgegen der Auffassung der Revision – Rechtsgründe nicht entgegen. Die Strafverfolgungsverjährung wurde auch insoweit durch die Durchsuchungsbeschlüsse vom 10.12.1990 und die Erhebung der öffentlichen Klage am 19.7.1995 unterbrochen (§ 78c Abs. 1 Nr. 4, 6 StGB); denn diese Unterbrechungshandlungen bezogen sich auch auf etwaige vom Angeklagten nach Abschluß des Vertrages vom 30.9.1988 zum Nachteil des B. begangene Veruntreuungen.

Fristenkontrolle

- Wiedereinsetzungsantrag
 - 2-Wochen-Frist, Beginn
- (BGH, Beschl. v. 10.12.1996 – VI ZB 16/96)

Leitsatz:

Wird ein Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand darauf gestützt, daß die Berufungsbegründungsfrist wegen fehlender Fristnotierung im Anwaltsbüro versäumt worden sei, so bedarf es zur Darlegung, daß der Wiedereinsetzungsantrag innerhalb der 2-Wochen-Frist des § 234 ZPO gestellt worden ist, der Mitteilung, wann die Sache dem Prozeßbevollmächtigten nach Ablauf der versäumten Frist erstmals vorgelegt worden ist. Von diesem Zeitpunkt an kann nämlich die Kenntnis von der Fristversäumung nicht mehr als unverschuldet angesehen werden.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagten haben gegen das ihnen am 7.2.1996 zugestellte Urteil des Landgerichts mit am 28.2.1996 eingegangenem Schriftsatz Berufung eingelegt. Ihre Berufungsbegründung ist erst am 3.4.1996 beim Berufungsgericht eingegangen.

Mit am 17.4.1996 eingegangenem Schriftsatz vom gleichen Tag haben sie Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung beantragt und dazu vorgetragen, die Kontrolle dieser Frist erfolge in der Kanzlei ihrer zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten dergestalt, daß neu eingehende Berufungsmandate zunächst in die sog. Bearbeitungsliste eingetragen würden. Außerdem bestehe die Anweisung, Berufungsmandate in die zusätzlich geführte Berufungsbegründungsliste zu übernehmen.

Das sei vorliegend aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen unterblieben. Deshalb sei der Sachbearbeiter, Rechtsanwalt Dr. S., am Tag

des Fristablaufs nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, eine Verlängerung der Begründungsfrist zu beantragen. Auch sei ihm die Akte vor Fristablauf am 28.3.1996 nicht vorgelegt worden. Die Fristversäumung sei erst am 4.4.1996 bemerkt worden. Sie beruhe auf dem alleinigen Verschulden der Bürovorsteherin N., die ihre Tätigkeit bisher mit großer Zuverlässigkeit ausgeübt habe und regelmäßig ohne Beanstandungen kontrolliert worden sei. Die Beklagten haben zu diesem Vorbringen eidesstattliche Versicherungen von Rechtsanwalt Dr. S. und Frau N. vorgelegt.

Nachdem der Kläger die Wahrung der Wiedereinsetzungsfrist in Zweifel gezogen hat, hat der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte der Beklagten mit Schriftsatz vom 15.5.1996 an Eides statt versichert, die Sache am 3.4.1996 bearbeitet zu haben. Das Diktat sei nicht zuvor erfolgt.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten als unzulässig verworfen. Gegen diesen am 3.6.1996 zugestellten Beschluß richtet sich die am 4.6.1996 eingegangene sofortige Beschwerde der Beklagten.

II.

Das form- und fristgerecht eingelegte Rechtsmittel hat in der Sache keinen Erfolg. Das Oberlandesgericht hat den Beklagten jedenfalls im Ergebnis zu Recht die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt.

1. Zutreffend nimmt das Berufungsgericht an, das tatsächliche Vorbringen der Beklagten im Wiedereinsetzungsgesuch habe den Anforderungen des § 236 Abs. 2 ZPO nicht genügt und deshalb die beantragte Wiedereinsetzung nicht rechtfertigen können. **Hierzu gehört nämlich die Darlegung, daß der Wiedereinsetzungsantrag rechtzeitig nach Behebung des Hindernisses, also innerhalb der 2-Wochen-Frist des § 234 Abs. 1 und 2 ZPO gestellt worden ist (ständige Rechtsprechung seit BGHZ 5, 157, 160).**

Hiervon kann nur abgesehen werden, wenn die Frist offensichtlich gewahrt ist (BGH, Beschl. v. 18.9.1991 – XII ZB 51/91, VersR 1992, 636, 637), wovon vorliegend indes nicht ausgegangen

werden konnte. Da der Wiedereinsetzungsantrag am 17.4.1996 bei Gericht eingegangen ist, war vielmehr die Frist nur gewahrt, wenn die Sache dem sachbearbeitenden Prozeßbevollmächtigten der Beklagten nicht vor dem 3.4.1996 vorgelegt worden ist.

Wie das Berufungsgericht richtig erkannt hat, **traf ihn nämlich bereits bei Vorlage der Sache die Pflicht zur eigenständigen Prüfung des Fristablaufs, so daß von diesem Zeitpunkt an die Unkenntnis der Fristversäumung nicht mehr als unverschuldet angesehen werden kann** (Senatsbeschl. v. 11.2.1992 – VI ZB 2/92, NJW 1992, 1632; BGH, Beschl. v. 11.12.1991 – VIII ZB 38/91, GI 1992, 238 = NJW 1992, 841; v. 25.5.1994 – XII ZB 57+92/94, VersR 1995, 69, 70; v. 6.7.1994 – VIII ZB 12/94, GI 1995, 76 = NJW 1994, 2831, 2832). Deshalb reicht der Vortrag im Wiedereinsetzungsgesuch, dem Sachbearbeiter sei die Sache nicht vor Ablauf der Begründungsfrist am 28.2.1996 vorgelegt worden, zur Darlegung der Wahrung der Frist des § 234 ZPO nicht aus.

2. Das ziehen die Beklagten auch nicht in Zweifel, wenden sich aber gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, ihr ergänzendes Vorbringen im Schriftsatz vom 15.5.1996 sei verspätet, weil es nicht innerhalb der Wiedereinsetzungsfrist erfolgt sei. Die Beklagten verweisen insoweit auf den **Grundsatz, daß erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten gewesen wäre, noch nach Fristablauf erläutert und vervollständigt werden dürfen** (BGH, Beschl. v. 28.2.1991 – IX ZB 95/90, NJW 1991, 1892; v. 10.2.1994 – VII ZB 25/93, VersR 1994, 1368).

Ob dieser Grundsatz hier eingreifen könnte, kann dahinstehen, weil auch den Angaben im Schriftsatz vom 15.5.1996 nicht die Rechtzeitigkeit des Wiedereinsetzungsantrags entnommen werden kann. Rechtsanwalt Dr. S. hat nämlich lediglich an Eides statt versichert, die Sache am 3.4.1996 bearbeitet zu haben; das Diktat sei nicht zuvor erfolgt. Hieraus geht nicht mit der erforderlichen Eindeutigkeit hervor, daß die Sache ihm erst am 3.4.1996 zur Bearbeitung vorgelegt worden ist, wie dies zur Wahrung der Frist erforderlich wäre. Wie oben dargelegt, **entsteht nämlich die eigenständige Prüfungspflicht des Rechtsanwalts bereits bei Vorlage der**

Sache zur Bearbeitung, während es nicht darauf ankommt, wann er sich tatsächlich zur Bearbeitung entschließt bzw. diese vornimmt (Senatsbeschl. v. 19.2.1991 – VI ZE 2/91, NJW-RR 1991, 827, 828; BGH, Beschl. v. 11.12.1991 und v. 6.7.1994. a.a.O.).

Im Hinblick darauf, daß die Gegenseite die Wahrung der Wiedereinsetzungsfrist ausdrücklich in Zweifel gezogen hatte, waren deshalb vorliegend klare und unmißverständliche Angaben dazu erforderlich, wann dem Sachbearbeiter die Sache vorgelegt worden ist. Indessen ist nicht einmal dem Beschwerdevorbringen zu entnehmen, daß dies nicht vor dem 3.4.1996 geschehen sei, so daß sich auch insoweit nicht die Frage stellt, ob solcher Vortrag noch als zulässige Ergänzung des ursprünglichen Sachvortrags angesehen werden könnte oder ob es sich um ein unzulässiges Nachschieben von Gründen handeln würde (vgl. hierzu Senatsbeschl. v. 21.3.1995 – VI ZB 5/95, VersR 1995, 933, 934, sowie BGH, Beschl. v. 28.2.1991, a.a.O., jeweils m.w.N.).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–8, 1997)

Abschlußprüfung	
– Fortsetzungsprüfung	97, 173
– = eingeschränkter Bestätigungsvermerk	97, 173
– und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2
Adelstitel	
– Vermittlung des –	97, 11
Allgemeine Auftragsbedingungen des WP	
– Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983	97, 83
Anderkonto	
– Treuhandbindung	97, 96
Anwaltsvertrag	
– Auslegung	97, 185
Auskunftsvertrag	
– Stillschweigender Abschluß	
– = Bilanz	97, 39, 191
– = Verhandlungen	97, 39
Belehrungspflicht des RA	
– Frachtvertrag	97, 109
– Mandatsende	97, 109
Belehrungspflicht des StB/WP	
– Familienvertrag, Fremdvergleich	97, 149
– gegenüber GmbH-Geschäftsführer	
– = wg. Gefahren der vGA	97, 159
Bekanntgabe des Steuerbescheides	
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	97, 54
Berufungsbegründungsfrist	
– Verlängerungsantrag	
– = Erkrankung der Partei	97, 60
– = 1. Verlängerungsantrag	97, 162

Beweislast

- Fehlberatung 97, 117
- = Immobilienerwerb 97, 128
- = Substantiierung 97, 117
- Kündigungsgrund 97, 6

Bilanzerstellung

- Abschlußvermerk 97, 191
- Bescheinigung
- = Ordnungsmäßigkeit der Buchführung 97, 81
- Dritthaftung 97, 39, 81
- Mitteilung des Mandanten
- = Warenvorräte 97, 191
- Prüfungspflichten
- = Bewertung der Waren und Forderungen d. u. 97, 191
- = Warenbestand 97, 191
- Rohaufschlagssätze 97, 191
- Wareneinsatz 97, 191

Bußgeld

- Schaden 97, 32

Darlegungslast, Regreßanspruch

- Beratungsfehler 97, 117
- Schaden, Veräußerungsgewinn §17, 1, 5 EStG 97, 69

Dritthaftung

- Stillschweigender Auskunftsvertrag
- = Bilanz 97, 39, 191
- = Verhandlungen 97, 39
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Bilanzerstellung 97, 39, 81, 191
- = gegenläufige Interessen 97, 191
- = Kreditgeber 97, 191
- = Mittelverwendungskontrolle 97, 71
- = Testathaftung 97, 39, 197

EDV-Fristenkalender

- Büroorganisation 97, 107
- und Fristenkalender 97, 107
- Störfall 97, 107

Erbenhaftung

- Vorbehaltserklärung 97, 171

Erfüllungsgehilfe

- zwei Rechtsanwälte 97, 185

Familienverträge

- Fremdvergleich 97, 149

Finanzamt

- Versäumnisse des - 97, 50

Fortbildungsveranstaltung

- Werbungskosten 97, 50

Frachtvertrag

- Verjährungseintritt 97, 109

Freiberufler

- Unternehmensberater 97, 154

Fristenkontrolle

- Fristenkontrollbuch
- = EDV-gestütztes 97, 107
- Fristenüberwachung durch RA
- = bei Aktenvorlage 97, 164
- = 1. Fristverlängerung, Berufungsbegründung 97, 162
- Fristversäumnis, unverschuldetes
- = Krankheit, Ehefrau 97, 2
- = Rechtsirrtum, Revisionsfrist 97, 106
- = Unterschriftskontrolle 97, 132
- Organisationsanweisung
- = EDV-Störfall

Gaststätten-Pachtvertrag

- 97, 16

GI Aktuell

- Häusliches Arbeitszimmer 97, 2
- = im Haus des Ehegatten 97, 54
- Bilanzbuchhalter gg. StBerG 97, 80
- Körperbehinderte, Kfz-Kosten 97, 132
- Standardsoftware, Umsatzsteuer 97, 132
- Vermögensteuer 97, 184
- Vorfalligkeitsentschädigung 97, 184
- Wucher, Arbeitsverhältnis 97, 184
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß 97, 80, 158

GmbH

- Geschäftsführer
- = Steuerhaftung 97, 2

Haftungsbeschränkung

- Haftungshöchstsumme 500.000 DM
- = Nr. 9 AGB/WP 1983 97, 83

Hausverwaltung

- Honorar 97, 45
- Nachbesserungsrecht 97, 45

Honoraranspruch des RA

- Abtretung des - 97, 6

Honoraranspruch des StB

- Abschlagszahlung
- = Verjährungsunterbrechung 97, 29
- Anerkenntnis des Mandanten 97, 45
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
- = „Allgemeine Beratung“ 97, 152
- = Erläuterungen 97, 150
- = Mahnschreiben 97, 167
- = Nachprozeß 97, 152
- = im Prozeßvortrag 97, 152
- = Unterschrift 97, 167
- = Zeitgebühr 97, 150

- Fälligkeit, § 7 StBGebV

- = Erledigung 97, 150
- = ohne Rechnung? 97, 29

- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV

- = Bestimmungsrecht, Festlegung 97, 169, 177

- Hausverwaltung 97, 45

- Hinweis auf Formvorschriften 97, 23

- Honorarvereinbarung, unwirksame 97, 23

- = Auslegung 97, 177

- = Unwirksamkeit 97, 23

- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV 97, 23

- = nichtige -, Vergütungsanspruch 97, 23, 169, 177

- = unwirksame Vereinbarung 97, 132

- Praxistreuhänder 97, 51

- Verjährung des -

- = Abschlagszahlung, Verjährungs-

- = unterbrechung 97, 29

- = Verzicht auf - 97, 45

- Verjährungsbeginn

- = mit Fälligkeit 97, 29

- Verjährungsunterbrechung

- = Abschlagszahlung 97, 29

- = Zeitgebühr

- = § 21 Abs. 1 StBGebV? 97, 150

- = Rechnungsinhalt 97, 150

Immobilienerwerb

- Fehlberatung 97, 128
- Schaden 97, 128

Information an Vorberater

- Klagefrist 97, 3

Investitionszulage

- Unterschrift 97, 132
- Wiedereinsetzung 97, 132

Kausalität

- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
- = Anscheinsbeweis 97, 81
- Unterbrechung der Kausalität
- = Handlung des Geschädigten 97, 62
- = Familiäre Rücksichtnahme 97, 57
- = Beratungskonformes Verhalten 97, 57
- = Ungesicherte Vorleistung 97, 57

Konkursverwalter

- Aussonderungsrechte
- = Sachenrecht, Internationales 97, 124
- = Vorbehaltskauf 97, 124
- Neugeschäft
- = Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO? 97, 46
- = Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO 97, 46
- Steuerhaftung 97, 46

Kündigung des Mandats

- fristlose -, § 627 BGB 97, 6

Mandantengelder

- Herausgabeanspruch 97, 11
- Nichtiger Mandatsvertrag 97, 11

Mandantenpflichten

- Informationen an RA 97, 16

Mandatsübernahme

- Belehrungspflicht
- = des Altberaters 97, 55, 109
- Klagefrist 97, 3
- Nachfrage beim Vorberater? 97, 3

Mittelverwendungskontrolle

- Dritthaftung 97, 71
- Sicherstellung des Anlegers 97, 71

– Verjährung, berufsrechtliche?	97, 71	Steuerhaftung	
– Überlegene Sachkunde		– GmbH-Geschäftsführer	
= Mandant, Jurist	97, 109	= Strohmänn	97, 2
Mitverschulden		Steuerverkürzung	
– bei Auskunftshaftung	97, 133	– Leichtfertige –	97, 93
– Erfüllungsgehilfe des Mandanten	97, 185	= durch Steuerberater	97, 93
– Informationen an RA	97, 16	– Unrichtige Angaben	97, 93
= durch Dritte	97, 185		
– Informationen an StB	97, 32	Testat	
– Schriftformklausel	97, 159	– Verantwortungsbereich	97, 39, 191
		– Warenlager, Inventur	97, 191
Nachbesserung		Treuhänder	
– Mängel in der Hausabrechnung	97, 45	– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11
Nachforderungszinsen, § 233 a AO		– Prüfungspflichten	
– Verstoß gegen Treu und Glauben	97, 50	= Übertragungsmöglichkeit der –	97, 97
Nachvertragliche Pflichten		– Verdeckter –	
– Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte	97, 55	= Vorsteuerabzug	97, 83
– Mandatsende, Verjährung	97, 109	– Versicherungsschutz	97, 97
Notar		Umsatzsteuer	
– Amtshandlung	97, 133	– Vorsteuerabzug	
– Anderkonto		= verdeckte Treuhand	97, 83
= Treuhandbindung	97, 96	Unternehmensberater	
– Anwaltsnotar		– freiberufliche Tätigkeit	97, 154
= Abgrenzung RA-Haftung	97, 133	Unterschrift	
– Auskunft	97, 165	– Investitionszulageantrag	97, 132
– Bescheinigung	97, 133	– Wiedereinsetzungsantrag	97, 132
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)		Umwandlung	
= Erlöserwartung, ungewisse	97, 57	– Verschmelzung, fehlerhafte	97, 113
= Konkursquote	97, 57		
– Mitteilungspflichten, § 54 EStDV	97, 154	Verjährung § 12 VVG	
– Treuhandgelder	97, 96	– Beginn	97, 25
= Ausreichende Sicherheiten	97, 133	– Haftpflichtversicherung	97, 25
– Vorleistungen, ungesicherte	97, 57	– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25
Partnerschaft		Verdeckte Gewinnausschüttung	
– Firma „und Partner“	97, 102	– Belehrung des GmbH-Geschäftsführers	97, 159
– mit Wirtschaftsprüfer	97, 102	Verjährung	
Praxistreuhänder		(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)	
– Honorarforderung	97, 51	– Arglistinwand	97, 16
Prozeßauftrag		– Verjährungsbeginn	
– Fehler des Gerichts	97, 62	= Schadenentstehung	97, 16
Prozeßvollmacht		= Schadenentstehung und	
– Ausschußfrist zur Vorlage	97, 77	Mandatsende	97, 16
Rechtsanwalt		= Vertragsberatung	97, 16
– Erbenhaftung, beschränkte	97, 171	– Verjährungshemmung	97, 16
– Sachverhaltsermittlung	97, 16	Verjährung, § 195 BGB	
– Schutzbereich der Anwaltpflicht		– Mittelverwendungskontrolle	97, 71
= Gerichtsfehler		Verschmelzung	
Rechtsberatung / Rechtsbesorgung		– Kapitalgesellschaften	97, 113
– Mietvertrag	97, 175	– Schadenentstehung	97, 113
– durch Steuerberater	97, 175	Verschwiegenheit	
– Steuerberatungsvertrag	97, 175	– Honorarabtretung	97, 6
Revision		– Honorarprozeß	97, 169
– Frist, Wiedereinsetzung	97, 106	Versicherungsschutz	
Sachverhaltsermittlung		– Wissentliche Pflichtverletzung	
– durch RA	97, 16	= Notaranderkonto,	
Schaden		ungeprüfte Auszahlung	97, 36
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	97, 185	= Risikoausschluß	97, 36
– Bußgeld	97, 32	= des Treuhänders	97, 97
– Entnahme	97, 141	– Sozietätsdeckung	
– Immobilienerwerb	97, 128	= Risikoausschluß eines Sozios	97, 36
– Stille Reserven, Aufdeckung	97, 141	Verzug	
– Privatgutachten	97, 62	– des Steuerberaters	97, 150
– Verschmelzung, Kapitalgesellschaften	97, 113	Vorberater	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		– Mandatsübernahme	97, 3
– Erwerb eines Adelstitels	97, 11	Vorteilsausgleichung	
– Testat ohne Prüfung	97, 191	– Privatgutachten, überflüssiges	97, 62
Sozietät		Werbeverbot	
– Gesamtschuldner	97, 147	– Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50
– Steuerberater und Rechtsanwalt	97, 147	– Internationale Sozietät	97, 2
StB-GmbH		– Messestand	97, 51
– IHK-Mitgliedschaft	97, 158	– Praxisbroschüre	97, 51
– Verschmelzung mit Handelsgewerbe	97, 153	Wiedereinsetzung	
Steuerberater		– Antrag	
– Aufsichtsrat	97, 50	= Frist, § 234 Abs. 1 ZPO	97, 164
– Gewerbliche Tätigkeit	97, 50	– Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
– Vertretung des Gesellschafters	97, 50	– Fristenkontrolle (s. dort)	
– Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50	= Fristversäumnis, unverschuldetes –	
Steuerberatungsvertrag		Erkrankung der Ehefrau	97, 2
– Nichtigkeit, § 134 BGB		– Rechtsirrtum	
= unerlaubte Rechtsberatung	97, 175	= Revisionsfrist	97, 106

Wirtschaftsprüfer

- Partnerschaft

Zugang

- Zugangsvermutung, § 122 AO
- = Berechnung der Drei-Tages-Frist
- = Postfach
- = Zweifel am Zugang

BGH v. 25.4.1996 – I ZR 106/94
= AnwBI 1996, 471

BGH v. 30.4.1996 – VII ZR 369/95

BGH v. 9.5.1996 – IX ZR 244/95

BGH v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95
= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832
= AnwBI 1996, 637

BGH v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95
= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071
= DB 1996, 1868

BGH v. 4.7.1996 – VII ZB 14/96
= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132
= BB 1996, 2168

BGH v. 9.10.1996 – XII ZB 152/96

BGH v. 10.10.1996 – III ZR 205/95
= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89 = ZIP 1996, 2113

BGH v. 10.10.1996 – IX ZR 294/95
= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72

BGH v. 10.10.1996 – VII ZB 31/95

BGH v. 17.10.1996 – IX ZR 37/96
= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244
= DSIR 1997, 39

BGH v. 24.10.1996 – IX ZR 4/96
= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77 = BB 1997, 16
= DB 1997, 224

BGH v. 24.10.1996 – VII ZB 25/96

BGH v. 7.11.1996 – 4 StR 423/96

BGH v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95
= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328

BGH v. 21.11.1996 – IX ZR 159/95
= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330 = Wpg 1997, 98

BGH v. 21.11.1996 – IX ZR 182/95

BGH v. 28.11.1996 – IX ZR 39/96
= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321
= MDR 1997, 398

BGH v. 5.12.1996 – IX ZR 61/96
= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333

BGH v. 10.12.1996 – VI ZB 16/96

BGH v. 12.12.1996 – IX ZR 214/95
= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335
= DB 1997, 673

BGH v. 19.12.1996 – IX ZR 327/95
= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235
= DSIR 1997, 271

BGH v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96

BGH v. 15.4.1997 – IX ZR 70/96

BGH v. 1.7.1997 – XI ZR 197/96 und XI ZR 267/96

BayOLG v. 2.8.1996 – 3 Z BR 73/96
= ZIP 1996, 1702

Brandenburgisches OLG v. 20.6.1995
– 6 W 5/95

OLG Braunschweig v. 8.3.1996 – Ss (B) 100/95
= wistra 1996, 319

OLG Celle v. 9.2.1994 – 3 U 83/93
= DSIR 1994, 630

OLG Celle v. 26.4.1996 – 2 Ss (Owi) 95/96
= wistra 1996, 320

OLG Celle v. 5.6.1996 – 13 U 263/95, n. rkr.
= DSIR 1996, 1223

OLG Celle v. 18.12.1996 – 3 U 35/96

OLG Düsseldorf v. 12.1.1995 – 13 U 90/93

OLG Düsseldorf v. 8.2.1995 – 15 U 215/93

OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 38/95

OLG Düsseldorf v. 14.3.1996 – 13 U 3/95

OLG Düsseldorf v. 20.6.1996 – 13 U 100/95

OLG Düsseldorf v. 5.12.1996 – 13 U 217/95

97, 102

97, 51

97, 106

97, 2

97, 191

97, 124

97, 16

97, 57

97, 60

97, 164

97, 11

97, 62

97, 107

97, 6

97, 55

97, 162

97, 203

97, 32

97, 29

97, 133

97, 109

97, 113

97, 205

97, 83

97, 81

97, 185

97, 159

97, 184

97, 102

97, 165

97, 93

97, 132

97, 154

97, 51

97, 128

97, 45

97, 39

97, 23

97, 69

97, 150

97, 167

OLG Düsseldorf v. 12.12.1996 – 13 U 208/95

OLG Hamm v. 30.5.1995 – 28 U 26/95

OLG Hamm v. 22.9.1995 – 20 U 38/95
= AnwBI 1996, 237

OLG Hamm v. 13.12.1995 – 25 U 19/95

OLG Hamm v. 26.9.1996 – 15 W 151/96
= GmbH-StB 1997, 37

OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96

OLG Köln v. 22.4.1993 – 1 U 63/92

OLG Köln v. 21.3.1996 – 18 U 100/95

OLG Köln v. 3.5.1996 – 11 U 252/95
= StB 1997, 77

OLG Köln v. 8.5.1996 – 27 U 81/95

OLG Zweibrücken v. 16.1.1997 – 4 U 47/96

LG Berlin v. 16.7.1996 – 36 O 789/95, n. rkr.

LG Bochum v. 30.9.1996 – 3 O 163/96

LG Darmstadt v. 16.3.1996 – 2 O 520/95
= DSIR 1996, 1584

LG Düsseldorf v. 9.11.1994 – 11 O 645/93

LG Düsseldorf v. 17.8.1995 – 45 StL 8/95, rkr.
= DSIR 1996, 847

LG Saarbrücken v. 19.4.1995 – 9 O 463/94

BFH v. 7.12.1995 – III R 12/91
= BFH/NV 1996, 680

BFH v. 13.2.1996 – VII B 245/95
= BFH/NV 1996, 657

BFH v. 16.2.1996 – I R 61/95
= BFH/NV 1996, 708

BFH v. 21.3.1996 – X R 100/95
= BFH/NV 1996, 694

BFH v. 26.3.1996 – IX R 62/93
= BFH/NV 1996, 797

BFH v. 1.4.1996 – X R 97/95
= BFH/NV 1997, 90

BFH v. 22.4.1996 – XI B 2/96
= BFH/NV 1996, 727

BFH v. 29.5.1996 – 1 R 42/95
= BFH/NV 1997, 1

BFH v. 26.6.1996 – X R 97/95
= BFH/NV 1997, 90

BFH v. 13.8.1996 – II B 73/96
= BFH/NV 1997, 57

BFH v. 23.8.1996 – IV B 123/95
= BFH/NV 1997, 141

BFH v. 15.10.1996 – IX R 6/95
= BFH/NV 1997, 285

FG Berlin v. 23.6.1995 – III 283/92

Revision eingelegt – AZ beim BFH: IV R 36/96

FG Münster v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U

AG Hannover v. 24.1.1995 – 503 C 16463/93

AG Mannheim v. 6.11.1996 – AR 366/95
= WPK-Mitt 1997, 69

AG Potsdam v. 15.2.1996 – 22 C 487/95, rkr.
= DSIR 1996, 1063

OFD Hannover, Vfg. v. 2.1.1997
– S 0284 – 25 – St H 551
= LEXinform 0138160

BdF-Schreiben v. 14.3.1997
– IV B 2 – S 2244 – 3/97

Vorschau auf 9/97

*Notarhaftung: Vorzeitige Fälligkeitsbestätigung, Kausalität (BGH);
Fehlerhafte Kostenfestsetzung des Rechtspflegers: Vollstreckungsgegenklage (BGH);
Fristenkontrolle: Berufungsbegründungsfrist (BGH); Wiedereinsetzungsantrag:
Antragsfrist, unvollständiger Sachvortrag (BGH); Haftung des Wirtschaftsprüfers:
Mitverschulden, Vorsatz des Mandanten (OLG Hamburg);
Honorar des Steuerberaters: Unwirksame Pauschalvereinbarung (OLG Hamm)*



Jetzt auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag. **Das elektronische GI-Rechtsprechungsarchiv 1980 – 1997**

**Die Datenbank zum Berufsrecht für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer,
Rechtsanwälte und Notare – mit zum Teil nicht veröffentlichter
Rechtsprechung zu den Themen
Beratungsrisiko, Belehrungspflicht, Haftung, Versicherungsschutz,
Mandatsvertrag, Kündigung, Honorar, Zurückbehaltungsrecht etc.**

**Das ausführliche Stichwort- und Entscheidungsregister sowie die
Volltextsuche erschließen die Urteile für eine komfortable Recherche
und den schnellen Zugriff auf Sachthemen.**

I M P R E S S U M

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe**

ISSN 1430 – 550 X

Herausgeber:

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –
Fachanwalt für Steuerrecht (verantwortlich),
Monika Reifferscheid M.A.

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Layout und Satz:

Type Connection, Erfstadt

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer
und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.